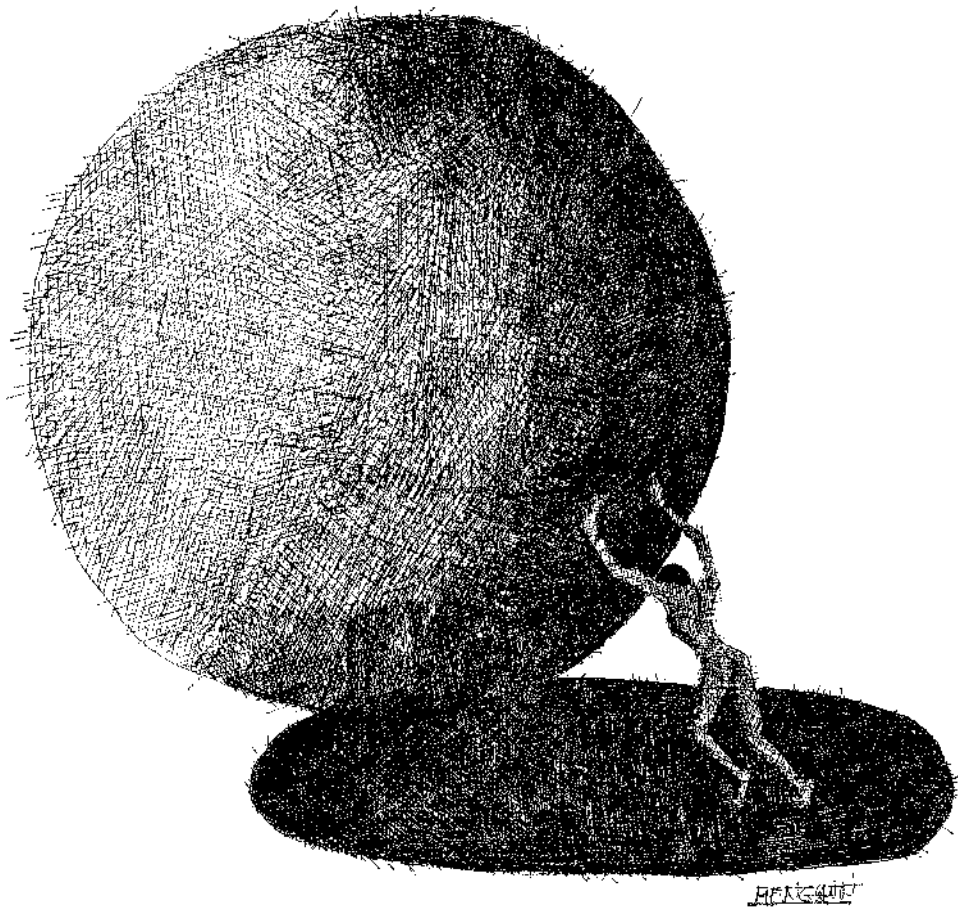


# skolast

der fahrende skolast - zeitschrift der südtiroler hochschüler - März 1979 - 24. jahrgang

nummer 1



BRUNO

# Die Spalte der Pressereferenten

Die letzte Skolast-Nummer über: Frau sein in Südtirol hat einige heftige Reaktionen hervorgerufen. Einige Leser sind sogar aus der Reserve gelockt worden und haben ihre Meinung durch Leserbriefe zum Ausdruck gebracht. Wir hoffen, daß die Diskussion über dieses Thema mit diesem ersten Schlagabtausch nicht abgeschlossen ist und unterbreiten zugleich den Vorschlag, nicht nur kurze Stellungnahmen abzugeben, sondern sich mit den aufgeworfenen Problemen weiterhin ausführlich auseinanderzusetzen.

Diese Nummer beschäftigt sich mit dem Fremdenverkehr in Südtirol. Zu diesem Thema hatte die SH im November 78 eine Studientagung abgehalten, deren Ergebnis auch in einer Broschüre vorliegt.

Dazu haben sich Richard Resch und Aldo Gasperotti zu Wort gemeldet, Landesrat Spögl hat uns ein Interview gegeben.

Die Diskussion über Arbeiterbewegung und Autonomie wird mit der Stellungnahme der konföderierten Gewerkschaftssekretäre abgeschlossen, was nicht heißen soll, daß man sich zu diesem Problem nicht mehr äußern soll.

Zur Problematik der Gleichstellung von Südtirolern mit Österreichern hat der Vorsitzende Günther Pallaver einen ausführlichen Artikel verfaßt. In dieser Nummer haben wir auch das Referat von Günther Nennung über Medienpluralismus und Demokratie abgedruckt, das dieser im Dezember vorigen Jahres bei einer Tagung der SH gehalten hat. Das Thema für die nächste Nummer lautet: Ladinern in Südtirol, und Redaktionsschluß ist der 15. April.

Klaus Menapace  
Guido Denicolò

## Mitarbeiter dieser Nummer:

Thomas BENEDIKTER  
39057 Frangart/Eppan, Welnstraße 60

Hans CLEMENTI  
39100 Bozen, Südtiroler Straße 20

Georg ENGL  
39030 Terenten, Binder 75

Aldo GASPEROTTI  
39012 Meran, E.-Toti-Straße 63

Peter GIACOMUZZI  
39100 Bozen, Rathausplatz 3/b

Stephan GUTWENIGER  
39012 Meran, Lauben 59

Elmar LOCHER  
39050 St. Pauls, Missianer Straße 5

Bernadette MOSER  
39026 Prad, Agums 49/A

DDr. Günther NENNING  
A-1070 Wien, Museumstraße 5

Günther PALLAVER  
39051 Branzoll, Schwarz-Adler-Str. 7

Josef PERKMANN  
39011 Lana, Feldegatterweg 3/5

Klaus REIDER  
39100 Bozen, Gaismairstraße 8

Richard RESCH  
39050 Tiers, St. Georg 147

Benno SIMMA  
39100 Bozen, Roenstraße 25/5

Dr. Franz SPÖGLER  
39100 Bozen, Landhaus

Margareth STOCKER  
39030 Kematen/Taufers, Winkel 2

Martha STOCKER  
39030 Kematen/Taufers, Winkel 2

Titelbild und Karikaturen:  
Thomas MENGHIN

Die Gedichte auf den Seiten 1, 2, 4 und 5 stammen von Georg ENGL

# SKOLAST-Gespräch

mit dem Landesrat für Fremdenverkehr, Handwerk und Sport  
Dr. Franz Spögler

## über die Fremdenverkehrspolitik in Südtirol

**SKOLAST:** Welche Verkehrspolitik vertreten Sie im Hinblick auf die Diskussion über die Errichtung der Schnellstraße Ulm-Mailand, der Magna und dem Ausbau lokaler Verkehrsverbindungen und dessen Folgen für die Südtiroler Fremdenverkehrswirtschaft?

**Spögler:** Es ist utopisch zu behaupten, daß wir in Südtirol jeden überregionalen Verkehr ablehnen sollen, bzw. daß das Straßennetz nur Dimensionen haben dürfe, um den lokalen Verkehr, den Warenverkehr und den Touristenstrom nach Südtirol und zurück bewältigen zu können.

Südtirol hat, sowie andere Alpenländer, von der Natur aus gegebene Pässe von internationaler Bedeutung. Wir werden uns deshalb den Wünschen und Notwendigkeiten der benachbarten Länder und interessierten Staaten nicht ganz verschließen können.

Es gibt einen einstimmigen Beschluß zum Bau der Schnellstraße Ulm-Mailand seitens der Arge Alp; die gemeinsamen Landtage Nord-Südtirol haben sich ebenfalls für den Ortlerdurchstich ausgesprochen. Diese Verbindung wird somit, auf lange Sicht gesehen, wahrscheinlich nicht zu verhindern sein.

Durch den bereits erfolgten Ausbau der Verkehrsverbindungen in Süd-Deutschland, durch den in Betrieb genommenen Artberg-Tunnel und durch den Ausbau der Straße auf Nordtiroler Seite wird der westliche Teil Südtirols, ob wir wollen oder nicht, mit einem starken Anstoigen des Verkehrsaufkommens rechnen müssen.

Durch den Ortlerdurchstich will man einen nicht unbedeutenden Teil des auf uns zukommenden Verkehrs, nur ca. 30 km von der Reschongrenze entfernt, in andere Regionen abwälzen. Ich möchte allerdings hinzufügen, daß der Zeitpunkt der Verwirklichung des Durchstiches, wenn es überhaupt dazu kommt, derzeit nicht voraussagenbar ist. Für mich hat der Ausbau der Vinschgauer Straße und eine Schnellverbindung zwischen Meran-Bozen die absolute Priorität.

Die Südtiroler Landesregierung hat sich nicht mehr mit dem Bau der Magna-Autobahn befaßt. Sollte das Problem wieder ernsthaft aufs Tapet gebracht werden, würde sich die Landesregierung, im Einvernehmen mit der Talgemeinschaft Pustertal, sicher

dagegen aussprechen. Im Osten des Landes geht es ausschließlich um den Ausbau der Staatsstraße.

Bekanntlich sind in letzter Zeit für den Ausbau verschiedener Staatsstraßen endlich Mittel in der Höhe von 55 Milliarden Lire ausgeschüttet worden.

**SKOLAST:** Wo sehen Sie die Vor- und Nachteile des Baus der Schnellstraße Ulm-Mailand für die Südtiroler Fremdenverkehrswirtschaft?

**Spögler:** Die Vorteile bestehen vor allem darin, daß der Durchzugsverkehr nicht mehr den ganzen westlichen Teil Südtirols beeinträchtigen würde.

Auch eine schnellere und billigere Versorgung des Landes mit Gütern, eine günstigere Vermarktungsmöglichkeit für die eigenen Produkte sowie eine bessere Erreichbarkeit für die Gäste wäre gewährleistet.

Die Nachteile sind in den Lärmbelastigungen sowie in der Gefahr der Entwicklung eines stärkeren Wochenendtourismus mit den daraus resultierenden Störungen des Aufenthaltstourismus zu sehen.

**SKOLAST:** Sie haben schon im Jahre 1975 ein Fremdenverkehrskonzept für Südtirol versprochen. Wieso ist es bisher nicht dazu gekommen und soll in der nächsten Legislaturperiode eines erstellt werden?

---

### Straßenblume

*Mondgelächter über stinkenden Gasen,  
gehe ich in der Stadt, Kanalgitter  
versperren den Mond und  
Kohlenmonoxyd  
sammelt sich abends zu bleichen  
Wolken.*

*Blumen in den Fenstern der Stadt,  
Ausstellungsobjekte im Park;  
Kultur vergangener Tage; steinern  
grüßt Goethe im Vorübergehen,  
grünspanüberzogen, tauf der Schnee  
vielleicht; am Abend gefroren,  
Blumen auf der Straße: strecken  
Ölachen  
Finger zwischen den Asphalt.  
Schwarze Schmetterlinge werden  
kommen.*

*Ölblumen, am Himmel die Ahtung  
von Sternen um Mitternacht*

---

Spögler: Das Amt für Wirtschaftsprogrammierung sollte seit langer Zeit ein wirtschaftliches Entwicklungsprogramm zur Genehmigung vorlegen. Dieses wurde aber nicht verabschiedet, weil man auf die Richtlinien der gesamtstaatlichen Programmierung warten wollte. Ein Fremdenverkehrskonzept kann nur in Zusammenarbeit mit diesem Amt erarbeitet werden, da es als ein Teil des wirtschaftlichen Entwicklungsprogrammes angesehen werden muß.

In dieser Legislaturperiode wird ein Fremdenverkehrskonzept, wenn notwendig, auch unabhängig von einem Gesamtkonzept, in Auftrag gegeben werden.

**SKOLAST:** Es kommt immer wieder zu Kampfansagen an die privaten Zimmervermieter von seiten des Gastgewerbes. Wie kann die Funktion der privaten Zimmervermittlung aufgewertet werden?

**Spögler:** Die Privatzimmervermittlung stellt eine notwendige Ergänzung des Fremdenverkehrsangebotes dar, wenn auch die gastgewerblichen Betriebe immer im Vordergrund stehen müssen. In diesem Jahr soll ein Gesetz zur Neuordnung der privaten Zimmervermittlung verabschiedet werden. Dieses wird die private Zimmervermittlung aufwerten. Es gibt in Südtirol viele Menschen, die einen Nebenverdienst im Bereich der Fremdenverkehrswirtschaft unbedingt notwendig haben, um den Bau oder den Kauf ihrer Wohnungen finanzieren zu können, oder um ihr Einkommen aufzubessern. Es sind derzeit auch Bestrebungen im Gange, einen eigenen Interessenverband der Privatzimmervermieter zu gründen.

**SKOLAST:** Es gibt nach einer Untersuchung in ausgewählten Gemeinden Südtirols einen hohen Anteil an Betten, die unter der betriebswirtschaftlichen rentablen Grenze vermarktet werden, diese Betten belasten die Infrastruktur der Gemeinden in Saisonspitzen noch zusätzlich, sind also volkswirtschaftlich nicht zu vertreten. Könnte nicht gerade dieser Wohnraum durch Förderungsmaßnahmen des Landes in Wohnraum für die einheimische Bevölkerung umgewandelt werden; es wäre dies ein Beitrag zur Milderung der Wohnungsnot auf der einen Seite, sowie zur Bremsung des quantitativen Bettenwachstums auf der anderen Seite?

**Spögler:** Es gibt sicherlich noch viele gastgewerbliche Betriebe bzw. Privatzimmer, in denen die Bettenausstattung unzureichend ist. Ihr Lösungsvorschlag wird meines Erachtens, trotz Förderungsmaßnahmen des Landes aufgrund der staatlichen Gesetzgebung (auch der sogenannte gerechte Mietzins ändert nichts daran), nicht zum Ziel führen. Die Privatzimmervermittlung kann nicht leicht gebremst werden. Und wenn eine Familie

glaubt, bei der Vermietung von Zimmern oder Wohnungen an Gäste durch wenige Monate hindurch mehr zu verdienen als bei einer ganzjährigen Vermietung an Einheimische, so kann das in einer freien Wirtschaft nicht verhindert werden.

**SKOLAST:** Bei einem Förderungsvolumen von 3,5 Milliarden Lire für den Fremdenverkehr im Jahre 1978 kann nicht die Rede von einer freien Wirtschaft sein.

**Spögler:** Die Förderungsmaßnahmen für den Fremdenverkehr sind im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen sehr gering. Im übrigen verstehe ich nicht, warum eine Wirtschaft nicht mehr als frei angesehen werden kann, wenn die öffentliche Hand für die Unternehmer Förderungsmaßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaft zur Verfügung stellt.

**SKOLAST:** Die Qualität typischer Südtiroler Markenprodukte sinkt. Inwieweit könnte durch eine neue Propagierung dieser Produkte, durch eine Aufwertung und Förderung der ursprünglichen Produktionsstrukturen und eine kooperative Vermarktung einerseits die Versorgungssituation verbessert und andererseits die Fluktuation in die reine Bettenbewirtschaftung gebremst werden?

**Spögler:** Es wäre für viele landwirtschaftliche Betriebe sicherlich vorteilhafter, anstatt weiter Bettenkapazitäten zu schaffen, typische Südtiroler Markenprodukte zu produzieren und sich zu einer Vermarktungsorganisation zusammenzuschließen.

**SKOLAST:** Welche Maßnahmen trifft die Landesregierung zur Förderung dieser Initiativen?

**Spögler:** Es gibt Gesetze, mit denen sowohl die Produktion als auch der Absatz dieser Produkte gefördert wird. Diese Förderungen werden aber leider zu wenig beansprucht.

**SKOLAST:** Befragungen von Sommergästen in ausgewählten Gemeinden des bayerischen Alpenraumes haben ergeben, daß gut ein Drittel der Befragten die Erschließung der Almen und Hochlagen mit Seilbahnen und Liften als störend empfinden. Wie soll dieser Nutzungs- und Angebotskonflikt zwischen Winter- und Sommertourismus verringert werden?

**Spögler:** Für viele Gebiete in Südtirol war der Aufbau des Wintertourismus eine betriebswirtschaftliche Notwendigkeit. Ohne Zweifel besteht ein gewisser Angebotskonflikt. Solche Erscheinungen sind aber nicht zu umgehen. Im übrigen muß auch gesagt werden, daß viele Aufstiegsanlagen von den Sommergästen noch stärker in Anspruch genommen werden als von den Wintergästen.

**SKOLAST:** Der Wintertourismus hat in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen, gleichzeitig wurde der Sommertourismus vernachlässigt. Man hat sich zu wenig Gedanken darüber gemacht, wie die Sommersaison verflügelt werden könnte und in den Wintertourismus investiert, der gewinnträchtiger ist.

**Spögler:** Der Wintertourismus wurde in den letzten Jahren im gesamten Alpenraum stärker entwickelt, da die Konkurrenz im Winter wegen des beschränkten Raumes, der hierfür zur

---

## Homeland

*Als Swasiland unabhängig wurde gab es Reklame: Anzeigen wiesen Souveränität nach*

*Viele Stimmen sahen Apartheid auf dem Marsch — lebentiefend.*

*Es gab viele Zeitungen, trotzdem geschah kein Aufstand.*

*Schwarz und weiß und Homeland — nicht für dich: Du bist ja zu Hause.*

---

Verfügung steht, nicht so groß ist wie im Sommer und weil für die Berggebiete wegen der relativ kurzen Sommersaison eine Zweitsaison eine unbedingte Notwendigkeit darstellt. Es stimmt zwar, daß in den letzten zwei Jahren eine Stagnation des Sommertourismus in den Dolomitengebieten festzustellen war. Diese Entwicklung zeichnet sich im gesamten Alpenraum wegen der zunehmenden Konkurrenz des Meeres und der Fernreisen ab. Der Sommertourismus wurde nicht vernachlässigt, ganz im Gegenteil: es wurden sofort werbemäßige Schwerpunkte gesetzt, um vor allem die Vor- und Nachsaison zu beleben. Wir sind uns aber bewußt, daß in Zukunft noch größere Anstrengungen notwendig sind, um den Sommerfremdenverkehr zu erhalten.

**SKOLAST:** Welche Maßnahmen verfolgen Sie zur Saisonverlängerung und zur Verlängerung der Aufenthaltsdauer?

**Spögler:** Es geht vor allem um die Verbesserung des Angebotes der gastgewerblichen Betriebe, der Verbesserung der touristischen Infrastruktur und einer dementsprechenden Werbung.

**SKOLAST:** Mit zunehmendem Winterfremdenverkehr sinkt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer, das heißt, daß eine größere Zahl von Gästen zu- und abfahren, daß diese die touristischen Infrastrukturen und die allgemeinen Infrastrukturen (z. B. Straßen) mehr belasten. Werden hier nicht

private Gewinne auf Kosten öffentlicher Verluste (zusätzliche Infrastrukturausgaben) gemacht?

**Spögler:** Die Aufenthaltsdauer sinkt, da heute eine gewisse Anzahl von Gästen einen Zweit- oder Dritturlaub macht oder weil sich viele Gäste einen langen Urlaub nicht mehr leisten können. Es stimmt, daß die Gäste bei einer kürzeren Aufenthaltsdauer die Straßen und Aufstiegsanlagen mehr belasten. Dieser Tatbestand entspricht jedoch der allgemeinen Entwicklung im Fremdenverkehrswesen. Die Investitionen der öffentlichen Hand zur Schaffung ausreichender Infrastrukturen werden im öffentlichen Interesse getätigt, da die höheren privaten Gewinne im Wintertourismus einer breiten Bevölkerungsschicht zugute kommen. Im übrigen werden alle Infrastrukturen, nicht zuletzt auch von der einheimischen Bevölkerung, in Anspruch genommen.

**SKOLAST:** Sie nehmen diese Entwicklung in einer fatalen Art als gegeben an, vertreten aber andererseits den Ausbau der internationalen Verbindungen, der diese Entwicklung noch zusätzlich fördert.

**Spögler:** In keinem Land des Alpenraumes ist die Verkehrssituation so prekär wie in Südtirol, da die staatlichen Stellen jahrzehntlang nichts unternommen haben, um dieselbe zu verbessern. Es gibt Straßen, die nicht einmal mehr den lokalen Verkehr bewältigen können. Nachdem Südtirol leider auch ein Durchzugsland ist, können wir den überregionalen Verkehr nicht abhalten. Deshalb muß durch den Ausbau der internationalen Verbindungen dem heutigen und zukünftigen Verkehr Rechnung getragen werden, ohne von einem Extrem ins andere zu fallen.

**SKOLAST:** Der Fremdenverkehr wurde in der Nachkriegszeit unter anderem deshalb so stark gefördert, da dieser Wirtschaftsbereich fast ausschließlich in deutschem Besitz war. Heute fehlen in der Südtiroler Fremdenverkehrswirtschaft etwa 5.000 Saisonarbeitskräfte, die nur im restlichen Italien angeworben werden können. Wie sehen Sie den Widerspruch zwischen strenger ethnischer Abschirmung auf der einen Seite und weiteren Investitionen in die Fremdenverkehrswirtschaft?

**Spögler:** Die Förderung des Fremdenverkehrs erfolgte nicht nur aus ethnischen Gründen. So wie in allen anderen Ländern des Alpenraumes gab es auch für unsere Berggebiete kaum eine Alternative.

Heute müßten die Investitionen in den touristisch entwickelten Gebieten zur qualitativen Verbesserung und Rationalisierung der Betriebe dienen, wenn es auch äußerst schwierig ist, in diesen Gebieten eine weitere Zunahme der Bettenkapazität zu verhin-

den. Es gibt aber auch noch entwicklungsfähige Gebiete. In diesen unterstützen die Gemeinden und die interessierte Bevölkerung den Entwicklungsvorsprung der entwickelten Gebiete einzuholen. Dadurch entsteht ein Arbeitskräftemangel, welchem zwar aus Gründen der Doppelsprachigkeit nicht so ohne weiteres mit Kräften aus anderen Provinzen abgeholfen werden kann. Trotzdem sehe ich, vor allem bei einer weiteren Zunahme des Fremdenverkehrs, auch Probleme ethnischer Natur auf uns zukommen.

**SKOLAST:** Wie soll die quantitative Erweiterung des Fremdenverkehrs gebremst werden? Trotz der Bereuerungen der Politiker werden noch 33 Prozent der Förderungsmittel nach dem Zinszuschußgesetz für Pensionsneubauten gegeben; von diesen 2 Milliarden Lire fließt wiederum ein Drittel in touristisch entwickelte Gebiete.

Außerdem gibt es in den Abänderungen des Raumordnungsgesetzes keinerlei Tendenz zu einer quantitativen Bremsung.

**Spögler:** Zur Förderungspolitik des Landes nehme ich wie folgt Stellung: Bereits aus der Prämisse zum Zinszuschußgesetz geht die Zielsetzung der Förderungspolitik hervor und zwar will man damit außer einer Rationalisierung und einer Restrukturierung auch eine geregelte gebietsmäßige Entwicklung des Fremdenverkehrssektors erreichen. Für diese Ziele standen 1978 zehnjährige Ratenbeiträge von 600 Millionen Lire jährlich zur Verfügung. Damit konnten insgesamt 116 Gesuche gefördert werden. Von diesen betrafen 61 Gesuche die Verbesserung des bestehenden gastgewerblichen Angebots, weitere 6 die Umwandlung von bestehenden Jugendherbergen und Zimmervermietern in Beherbergungsbetriebe sowie 34 Neubauten. Davon befinden sich 19 in touristisch unterentwickelten Gebieten, 15 in touristisch schwach bis mäßig entwickelten Zonen und kein einziger Neubau in touristisch bereits gut entwickelten Orten.

Was die quantitative Bremsung angeht, könnte ich mir, zusätzlich zur Baukostenabgabe, zwei Maßnahmen vorstellen, die zumindest teilweise zur weiteren Lösung des Problems beitragen könnten:

1. Bei der Vergabe von Lizenzen für Gastbetriebe muß vorsichtiger umgegangen werden. Deshalb sollte, analog zum Handelssektor, eine Gastgewerbeordnung verabschiedet werden mit der Verpflichtung, in jeder Gemeinde einen gastgewerblichen Plan zu erstellen.

2. Die Gemeindeverwaltungen und die Landesregierung müssen im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchen, das freie Bauland aufzukaufen und dieses für die effektiven Notwendigkeiten der Bevölkerung zur Verfügung stellen.



**SKOLAST:** Bei intensivem Fremdenverkehr ist die Beziehung zwischen Gastgeber und Gast schlechter, die Beurteilung der Gäste fällt negativer aus. Ein Drittel bis über die Hälfte der Einheimischen vermeiden Stammgäste. Die klischeehafte Darstellung des Gastlandes trägt weiter zu einer Verschlechterung dieser Beziehung bei.

**Spögler:** Ich glaube nicht, daß es in Südtirol eine klischeehafte Darstellung des Gastlandes gibt. Die Landesregierung hat keine Handhabe, das Verhältnis zwischen Gastgeber und Gästen zu beeinflussen. Das verbesserte Bildungs- und Ausbildungsniveau der Unternehmer wird diese Situation auf längere Sicht gesehen verbessern.

**SKOLAST:** Herr Landesrat, wir danken Ihnen für das Gespräch.

## BROSCHÜREN

Im Sekretariat der SH liegen folgende Publikationen auf:

- Neue Literatur in Südtirol
- Tagung für Zeitgeschichte
- Leopold Steurer --- Südtirol 1919 - 1939
- Karl Stuhlpfarrer --- Südtirol und der Zweite Weltkrieg
- Fremdenverkehr in Südtirol, Studien Tagung der SH 1978

Die Südtiroler Hochschülerschaft plant die Herausgabe eines

## LITERATUR SKOLAST

Alle interessierten Studenten und Nichtstudenten, die literarisch tätig sind und ein Interesse an der Mitgestaltung dieser Sondernummer und an einer eigenen Publikation haben, sind gebeten, ihre Texte (Lyrik, Prosa, dramatische Skizzen) bis 1. Mai einzusenden an Sepp Mall, Petzoldstraße 2, 6020 Innsbruck. Die Redaktion behält sich vor, die Texte, die publiziert werden sollen, selbst auszuwählen.

Nähere Informationen sind bei der „SH“ erhältlich.

## Alcune riflessioni sullo sviluppo del turismo in Sudtirolo

Non accenna a diminuire la forbice tra lo sviluppo del turismo in Sudtirolo e la sua considerazione teorica. Da una parte ciò è comprensibile ed è bene secondo molti che in questa fase ai discorsi si preferiscano i fatti concreti. Ciò sarebbe ancor più vero se certi fatti non fossero poi difficilmente reversibili. D'altra parte però non si capisce egualmente per quali motivi, pur essendo a livello internazionale e in misura minore nazionale assai avanzato l'approfondimento intorno ai fenomeni turistici, non passi occasione in cui non si debba notare, anche ai gradi più alti di responsabilità nel settore, una certa limitatezza, a volte anche grave, nelle analisi che si esauriscono per lo più nell'esposizione delle cifre riguardanti il fenomeno in sé.

Scherzosamente ho sempre sostenuto anch'io che qui da noi, data la congiuntura, piuttosto che parlare di turismo è meglio praticarlo, sia da operatore del settore che anche, meglio, da turista. Ma è indubbio che occorre iniziare uno sforzo per tentare di studiare più attentamente questo fenomeno che ogni anno di più ci coinvolge tutti e cambia la qualità della nostra vita.

Che dal loro punto di vista questo lo facciano gli operatori economici interessati non basta più, né è più sufficiente che a livello politico del turismo si occupi un solo partito. E' anzi necessario che si moltiplichino le occasioni di discussione critica intorno al turismo ed alle sue conseguenze, superando l'attuale fase. Il dovere di porsi in maniera intellettualmente critica nei confronti del turismo non significa tuttavia cadere nella trappola più banale: di opporsi agli esaltatori interessati della politica turistica, limitandosi a contrapporre le distorsioni più evidenti che lo sviluppo del settore ha comportato, condannando quindi il turismo in quanto tale o la forma che esso ha assunto nel Sudtirolo.

Anzi, credo che questo sia errato. Per porsi in maniera problematicamente seria nei confronti di questo problema occorre partire dai dati concreti, dalle cifre e prendere atto della realtà economica che il turismo per noi rappresenta, operando non in una critica apocalittica ma in un esame oggettivo. Trascurando in questa sede gli elementi più complessi e tecnici, vorrei soffermarmi su alcune questioni scritte tra quelle che ritengo decisive e preliminari per ogni approccio scientifico della questione.

Per sgomberare il campo da un equivoco fuorviante è bene dire subito qualcosa sul concetto, usato ed abusato, di "vocazione turistica", del Sudtirolo. Ora, che ci siano un insieme di fattori geografici, antropici, climatici che favoriscono l'attività turistica e difficilmente negabile. Ma deve essere chiaro che questi fattori se sono in parte necessari (ma non tutti e sempre), di per sé non sono sufficienti per spiegarne in particolare l'ampiezza e la rapidità dello sviluppo. E' facile citare luoghi a larghissima presenza turistica che non hanno "vocazione naturale", così come comunemente intesa (cfr. il concetto di *Erholungsgebiet*) e di converso, zone assai simili per condizioni e fattori al Sudtirolo che si sono sviluppate in modo diverso o che non si sono sviluppate. Ciò significa che senza una decisione politica, senza la possibilità di una massiccia presenza dell'intervento pubblico nel settore (forza per chi — SVP — inneggia al libero mercato) ed in quelli collegati, il livello turistico della nostra provincia sarebbe ancora quello di venti anni fa o poco più.

Sarebbe davvero necessario che qualche economista con pazienza e precisione maggiori di quanto è già stato fatto calcolasse la cifra che, direttamente attraverso le leggi di incentivazione del settore e indirettamente nel campo dell'agricoltura e di tutte le infrastrutture, è stata impiegata per finanziare o sostenere gli operatori turistici. E bisognerebbe calcolare non solo l'intervento del settore pubblico (Stato, Provincia, Comuni...) ma quello del sistema bancario (si pensi alle Casse Rurali). Non ultimo occorrerebbe quantificare per quanto possibile l'intervento, sempre più massiccio ed ingombrante, del capitale straniero.

Si arriverebbe ad una cifra ipototica: la domanda allora è se essa avrebbe permesso un decollo economico anche investendola in altri settori. Senza voler dare una risposta

retorica ad una domanda retorica, credo sia sufficiente per il discorso attuale rilevare senza possibilità di smentita che senza di essa non ci sarebbe stata alcuna possibilità di uno sviluppo quale quello che si è verificato nel settore e in quelli collegati negli ultimi anni. Si può dire dunque che il turismo in Sudtirolo è stato una scelta non obbligata, obbligatoria, data la vocazione naturale, che da sola è un elemento di contorno (paesaggistico), ma una scelta fatta e portata sino in fondo mediante una massiccia politica degli investimenti in particolare pubblici. Investimenti fatti e investimenti non fatti, privilegi verso certe scelte, ostacoli verso altre: non è assurdo dire che una buona parte della legislazione provinciale e dell'attività dei comuni nei settori di loro competenza deve essere inquadrata nell'ambito del mito turistico, non asceticamente inteso, ovviamente. Avere ben chiaro questo ci permette proprio di uscire dai miti e dal fatalismo o determinismo economico che, da una parte non ci fa apprezzare a sufficienza i lati positivi che si sono accompagnati allo sviluppo impetuoso del settore e, dall'altra non lascia individuare, ove occorra, le oggettive responsabilità delle distorsioni che questa scelta, o il modo particolare con cui essa è stata portata avanti, hanno comportato e continueranno ad apportare. Anche perché non appare per nulla fuori luogo che un arricchimento conseguito con investimenti di denaro pubblico, una volta raggiunto il suo scopo, vada a vantaggio non di una parte sempre più esigua della collettività ma della maggioranza dei cittadini sudtirolesi.

Se dunque la scelta turistica non era l'unica possibile o comunque non era obbligata, occorre esaminare la logica interna non solo per cercare di interpretarne la genesi ma anche per vedere se le previsioni collegate a questa scelta si sono avverate. E qui, credo, incontriamo un altro elemento che sarebbe assai interessante per uno studioso di sociologia: se e come sia possibile sviluppare economicamente una zona lasciando inalterati tutti quel complesso di "valori", che storicamente sappiamo essere sconvolti dal progresso o dalle mutazioni economiche. Infatti occorre tenere conto del presupposto che in Sudtirolo ogni cambiamento deve avvenire in maniera che nulla cambi.

In maniera cioè che le fondamentali caratteristiche sociali, in particolare per quel che riguarda la stratificazione, con il potere che ad esse si ricollega, rimangano il più possibile invariate.

Per dare un tentativo di ricostruzione al problema occorre partire dal momento in cui, verso la metà degli anni cinquanta, si arrivò alla consapevolezza che il reddito del settore agricolo, tranne che per alcune zone privilegiate e per alcune coltivazioni di pregio, aumentava in maniera del

---

### Heimat

*cool, Haltung bewahren,  
nicht weinen.  
Einen Kanal gibt's noch,  
du findest ein Loch im Atomstaub,  
eine Höhle im Stahlgerüst, —  
dort kannst du sein,  
im Roboterkrieg.*

---

tutto insufficiente e proporzionalmente meno degli altri settori e che la percentuale del numero degli occupati in agricoltura tendeva inesorabilmente a calare ad un ritmo appena più lento di quello nazionale. Per porre un rimedio a ciò vi erano parecchie ipotesi di intervento. Un rafforzamento, mediante forte intervento di capitali, del settore agricolo avrebbe comportato come conseguenza, a meno di non voler rimanere del tutto ancorati ad una visione assistenziale che pure era ed è presente, ma che alla lunga si sarebbe rivelata perdente, la necessità di dover creare aziende economicamente vitali, più grandi e capitalisticamente condotte. Quindi la fine del naso chiuso e di tutto un mondo contadino. Ma oltre a questo vi sarebbe stato l'abbandono e l'emarginazione di tutte le zone montane e periferiche, un cambiamento di status dei contadini, una variazione radicale o comunque sensibile nelle forme dell'insediamento umano. Ma ciò lo si voleva giustamente evitare. Né, per motivi analoghi e ancora più forti, si voleva perseguire l'idea di uno sviluppo industriale, collegato nella mente storica alle zone industriali di Bolzano e di Sarnonico, volute dal fascismo.

Ecco dunque, sull'esempio di altre zone europee, aprirsi la via agrituristica, che in teoria rispondeva a tutti i requisiti richiesti dal problema. Nell'agriturismo infatti il contadino integra i propri introiti con un doppio reddito: ma l'aspetto più importante è che senza il reddito turistico il contadino dovrebbe abbandonare i campi, ma senza il mantenimento dell'ambiente naturale, specialmente semi-montano ad opera dell'agricoltore. Il turismo non potrebbe svilupparsi. Nessuna riconversione dolorosa quindi ma una ulteriore specializzazione, rendendo economicamente realizzabili interventi ed infrastrutture che sarebbero assurde in una zona ad agricoltura povera. Il turismo in Sudtirolo pertanto opera il suo rilancio partendo non dall'ipotesi di sostituire l'attività tradizionale ma di integrarsi ad essa, permettendo la conservazione di tutto un modo di vita.

E' del tutto superfluo notare come questa impostazione, da me così schematizzata e semplificata nella sua logica parta da presupposti corretti: non basta infatti una consapevolezza etnica, non basta la difesa della lingua e delle tradizioni, non bastano in particolare le misure di salvaguardia giuridica (attive o passive) per conservare e permettere lo sviluppo di uno spazio antropico.

Sugli sviluppi dell'agriturismo è inutile qui soffermarsi: cosa si sia avverato di quella speranza-progetto è sotto gli occhi di tutti. Basta aggirarsi nel Burggraviato e confrontarlo con i nostri ricordi infantili per averne la misura.

Ma a questo punto occorre tenere conto dei fattori non previsti e di quella serie di circostanze che hanno

mandato di molto oltre il segno ogni ipotesi iniziale, facendo arrivare la cosa a sviluppi tali da porre di nuovo in discussione tutte le promesse. La crisi economica del nostro paese, in particolare il suo aspetto monetario che ha reso per lunghi anni sempre più favorevole il cambio, la lunga stabilità economica della Germania, l'irrompere nella storia dell'uomo per la prima volta non più a livello individuale o di classe ma come fenomeno di massa del turismo, hanno portato ad uno sviluppo del settore turistico (e collegati) assai superiori ad ogni previsione. Al proposito è bene dire che occorre sempre diffidare del-

## Fort-Schritt

*Inzwischen sind  
Rücken und Ferse  
gesichert.  
Keine Spitze  
durchdringt.  
Odysseus weint vielleicht  
am Pol.*

le cifre statistiche e dei commenti degli operatori economici che per ovvi motivi piangono sempre miseria ed alterano le cifre sino a renderle del tutto insignificanti.

Tutto ciò avrebbe dovuto imporre se non una inversione nella politica di programmazione del territorio e delle risorse, certamente una sua revisione, dato che il turismo oggi in Sudtirolo è ampiamente in grado di alimentarsi da sé, di autofinanziarsi, senza il bisogno di un intervento pubblico come quello precedente.

La situazione pertanto è cambiata. Superata rapidamente la fase dell'autocostruzione, nella quale si trovava l'economia contadina sudtirolese, innescato il processo dell'accumulazione, creata una base economica, bisogna vedere che cosa fare con le risorse monetarie sempre più ingenti che sono disponibili. Tenendo conto anche che continuare ad investire nel settore turistico sarebbe pericoloso (almeno in certe zone) per il turismo stesso. Ma al proposito occorre notare che il capitale di origine turistica si è sinora diretto, con la compiacenza delle autorità politiche, verso la rendita o verso i diversi settori speculativi, quasi mai verso la produzione. Anzi, le rapide fortune turistiche di qualche "fortunato", hanno indotto una quota di capitale industriale alla fuga verso settori a più alto profitto immediato.

Se la situazione è questa, senza insistere sugli aspetti più gravi che nascono da questo intasamento capitalistico, senza voler indicare vie o esempi (quello svizzero mi sembra teoricamente inadeguato), senza drammatizzare gli inquinamenti da turismo, sulle sclerosi portate dalle

necessità di sovradimensionamento strutturale o da pietrificazione, sulla terziarizzazione selvaggia, sui prezzi portati a livello europeo, ecc., occorre riflettere su tutti questi aspetti globalmente prima che all'apprendista stregone il processo sfugga di mano e si perda proprio ciò che giustamente si voleva salvare.

Non è compito di questo esame formulare ipotesi di soluzione o proposte, voglio solo indicare un paio di aspetti che potrebbero essere approfonditi: 1) Colpire l'evasione fiscale enorme nel settore turistico per correggerne gli aspetti più antisociali. Si badi che non ci sarebbe bisogno di nessuna legge o di misure punitive; basterebbe che si applicassero quelle già in vigore. 2) Data la lunghezza della nostra stagione turistica non è del tutto da scartare l'ipotesi di una cassa integrazione guadagni per il settore alberghiero. Ciò verrebbe ad eliminare molte possibilità di sfruttamento della mano d'opera e le caratteristiche di precarietà del rapporto di lavoro.

Qualcuno, più radicalmente, sostiene che una crisi del turismo sistemerebbe molte cose e metterebbe fine a questo mito assurdo. Non sono d'accordo; non solo perché credo una crisi al momento poco probabile, ma per i costi sociali che essa ci imporrebbe. Ancora una volta non sarebbero gli speculatori a rimetterci ma i lavoratori, i quali di norma non portano il denaro in Svizzera.

Sarebbe anche opportuno soffermarsi sugli aspetti culturali ed ideologici, che sono molto contraddittori, ma credo che essi non farebbero che confermare l'attualità di una domanda alla quale dobbiamo rispondere: il turismo ha salvato l'economia del Sudtirolo, certo almeno per ora, ma ha salvato il Sudtirolo? O in altri termini: il progresso economico è stato anche progresso sociale, avanzamento civile? Le distanze tra ricchi e poveri (vecchie parole cadute in disuso) sono diminuite? La discussione è a mio avviso tutta da iniziare.

## Inge Gualtieri

39012 Meran, Manzonistraße 11  
Tel. (0473) 333 11 Büro  
Tel. (0473) 231 10 Priv.

übernimmt Reinschrift, Einband und Druck von Doktorarbeiten.

Pünktliche und formschöne Auslieferung.

Mehrere Schriftbilder, Farbbänder und Farbmuster stehen zur Auswahl.



# Vorschläge für eine qualitative Fremdenverkehrspolitik

## 1. Problemstellung

Die wirtschaftliche, soziale und räumliche Entwicklung Europas hat sich in den letzten Jahrzehnten weiter polarisiert. Disparitäten in den Lebensbedingungen treten sowohl im internationalen wie auch im regionalen Vergleich auf.

Die Konzentration von Bevölkerung, Infrastruktur, Arbeitsplätzen, Kapital und Entscheidungskompetenz in Agglomerationen und deren exzessives Wachstum bedeuten zugleich die Marginalisierung ländlicher Räume und besonders der Berggebiete.

Die Indikatoren für die Polarisierungsprozesse und für die Unterentwicklung in den Berggebieten sind: schlechtere Produktionsbedingungen der Land- und Forstwirtschaft, Aufgabe der Bewirtschaftung extensiver Flächen, ungünstiges Angebot an Arbeitsplätzen, erhebliche Wohlstandsunterschiede, Abwanderung der noch mobilen und aktiven Bevölkerung, Verzerrungen im Altersaufbau und in der Geschlechterverteilung, Absinken in wirtschaftliche und soziale Randexistenz bei den Zurückgebliebenen, Freigabe von politischer und kultureller Eigenständigkeit. (ZEH, W., 1978)

Andererseits gibt es eine Oberentwicklung, die mit der Trennung der Basisfunktionen und der Verlagerung der Erholungsansprüche in die Berggebiete zusammenhängt.

Die Fremdbestimmung zeigt sich nicht zuletzt in der Einstellung gegenüber den peripheren Gebieten und ihren Bewohnern, der quasi selbstverständliche Anspruch auf ihre Ressourcen, der sich besonders im Fremdenverkehrswesen manifestiert. Den agglomerationsnahen Berggebieten wird die Funktion als Tourismus-, Erholungs- und Konsumraum für Freizeit, als Anlagemöglichkeit für Kapital aus den Agglomerationen oder als Transitraum für die Verkehrs- und Transportströme zwischen den großen Ballungsgebieten zugewiesen. Die Einheimischen haben sich meist den fremden Rollen-

erwartungen gefügt und übertreffen diese oft in der Weiterführung einer kurzfristigen Ausverkaufspolitik. Die Überentwicklung des Fremdenverkehrs bedingt weitere Disparitäten auf regionaler und kommunaler Ebene.

Durch kurze Saisonzzeiten muß mit hohen Fixkosten kalkuliert werden; die Folgen sind hohe Lebenshaltungskosten vor allem für jenen Bevölkerungsteil, der sein Einkommen außerhalb des Fremdenverkehrsberiebes bezieht.

Die einseitige Ausrichtung auf den Fremdenverkehr führt zu einem einseitigen Angebot gering qualifizierter Arbeitsplätze und gleichzeitiger Vernachlässigung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktionsstruktur. Zusammen mit einer machtpolitisch begründeten Akzentuierung von fremdenverkehrsspezifischen Infrastrukturinvestitionen ergibt sich ein Trend zur Abwanderung und eine Verkarstung der sozialen Strukturen.

Die Erschließung für den Fremdenverkehr setzt hohe Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand voraus, die auf die Saisonspitzen ausgerichtet werden müssen; die Überwälzung der Kosten auf die Verbraucher wird unter dem Hinweis auf die positiven wirtschaftlichen Effekte des Fremdenverkehrs auf die Gemeinde abgedeckt.

Die Kosten für den Bau und den Betrieb der allgemeinen Infrastruktur sind dann extrem hoch, wenn die Zahl der verfügbaren Gästebetten die Zahl der ortsansässigen Personen übersteigt. Die zunehmende Inanspruchnahme von Fremdkapital führt zu finanziellen und politischen Abhängigkeiten.

Unter dem Druck neuer, ungewohnter Aufgaben und wirtschaftlich und politisch mächtiger Interessengruppen gerät die Gemeinde- und Regionalpolitik zunehmend in der Einfluß der Fremdenverkehrslobby.

Die negativen ökologischen Auswirkungen von verschiedenen Fremdenver-

kehrsrichtungen wie Seilbahnen, Lifte, Pisten usw. sind offenkundig.

Die Urlaubswelt des Gastes und seine Klischeevorstellungen stehen oft im krassen Widerspruch mit den Arbeitsplatzbedingungen der Fremdenverkehrsbetriebe und führen zu Polarisierung und Identitätsverlust der einheimischen Bevölkerung.

Durch die Konzentration der Fremdenverkehrswirtschaft und durch die anwachsende Tourismusfähigkeit löst sich die Beziehung zwischen Einheimischen und Gästen und basiert auf reinem Profitdenken.

Die Volkskultur wird zum Schaubjekt; durch die Ausrichtung auf ihre finanzielle Verwertbarkeit tritt eine Konservierung und Erstarrung des örtlichen Brauchtums ein.

## 2. Die derzeitige Förderungs- politik

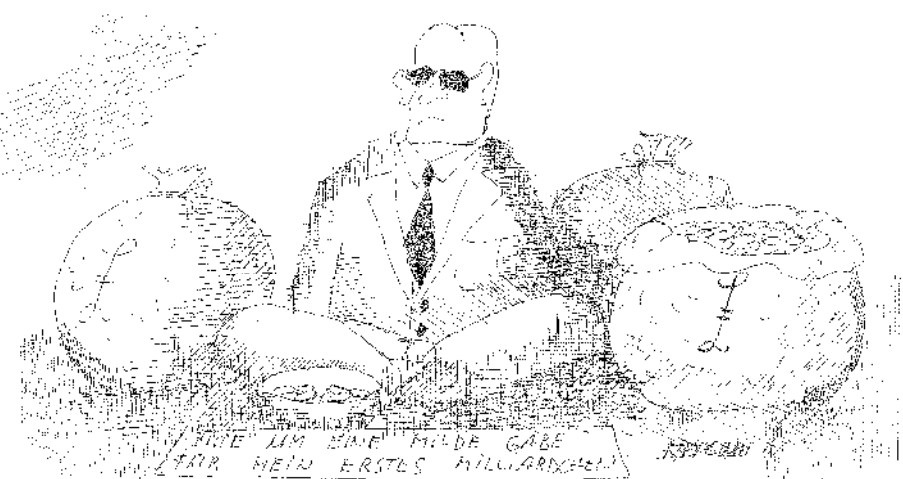
Durch Maßnahmen im Bereich des Landschaftsschutzes konnte eine Verbesserung der Gästestruktur im (rheten Bereich des Gebietsplanes festgestellt werden. Es ist dies ein erster Schritt zu einer zumindest lokalen Trendumkehr vom Infrastruktur- und ausgabenintensiven Urlaub zum Erholungsurlaub. Die Schwierigkeiten liegen jedoch weiterhin bei der Abstimmung der Zielvorstellungen und Marketingstrategien zwischen den privaten Wirtschaftsträgern und öffentlichen Eingriffen.

Das Wohnbaureformgesetz hat sich im Zusammenhang mit verschiedenen Bestimmungen der Bauordnung als gutes Instrument zur Eindämmung von Zweitwohnungen erwiesen, wird jedoch verfassungsrechtlich nicht abgedeckt. Gleichzeitig trug dieses Gesetz jedoch zu einer künstlichen Verknappung des Baulandes bei.

Großzügige Baumöglichkeiten im landwirtschaftlichen Grünland führen wohl kurzfristig zu einer breiten Nutzenstreuung durch die Schaffung von Neben- und Zuerwerbsmöglichkeiten für die Beschäftigten in der Landwirtschaft, langfristig zur Infragestellung des vergleichsweise unrentablen Landwirtschaftssektors. Weitere Folgen sind unrationelle Bodenbewirtschaftung, Mehrfachbelastungen der neben-erwerblich Beschäftigten, exzessiver Flächenverbrauch, Flurzersplitterung und hohe Anschlußkosten an öffentliche Infrastruktur oder unzureichende Infrastrukturqualität.

Die direkten Förderungsmaßnahmen sind wohl teilweise auf eine Angebotsverbesserung ausgerichtet, erweisen sich jedoch als ungenügend für eine gezielte Entwicklungspolitik. Es wird hier wohl teilweise eine Nivellierungsstrategie verfolgt, diese ist jedoch zu modifizieren, um Fehlinvestitionen in unterentwickelte, aber für den Fremdenverkehr geeignete Gemeinden vermeiden zu können. Die Förderung von Betrieben in touristisch gesättigten Gemeinden führt, abgesehen von Rationalisierungseffekten, zu einer weiteren Belastung des Arbeitsmarktes.

Die Verkehrserschließung als ein Beispiel der indirekten Förderungs-





maßnahmen kann als maßgebender Faktor für die Entwicklungsrichtung der Südtiroler Fremdenverkehrswirtschaft angesehen werden. Die Verbesserung der transalpinen Verkehrswege entlastet wohl kurzfristig die problematische Verkehrssituation, schafft aber langfristig eine derartige neue Nachfrage, daß sich Wachstumsbegrenzungen auf lokaler Ebene als illusorisch erweisen werden. Die Errichtung besserer Auslastungsgrade der gastgewerblichen Betten durch bessere Verkehrserschließung wird unstrittig sein; durch die Umstrukturierung der Nachfrage in Richtung Kurzurlaub und Wochenenderholung, Zweitwohnungsbaue, wird das Verhältnis zwischen infrastrukturellen Aufwendungen der öffentlichen Hand und privatem Nutzen noch ungünstiger ausfallen.

Die Baukostenabgabe kann als geeignetes Instrument für die qualitative Erweiterung und eine Investitionsbremse in touristisch entwickelten Gemeinden bewertet werden. In unterentwickelten Gebieten gelten wieder dieselben Bestimmungen hinsichtlich der Stafflung der Baukostenabgabe. Die Prüfung der Eignung und der Ausbaufähigkeit des Fremdenverkehrssektors wird der Privatinitiative überlassen.

Der Erschließungsbeitrag soll einerseits die Erschließungskosten der Gemeinde abdecken, ein Maximum von 10% der Baukosten aber nicht überschreiten; kann diese Kosten also nie abdecken. Dieser Beitrag kann nur im Zusammenhang mit der Baukostenabgabe als relevant angesehen werden.

Die Nachteile der neuen Rechtsordnung der Fremdenverkehrsorganisationen, also der Übergang in die öffentliche Hand, liegen vor allem in der Vernachlässigung und Aufhebung vorwiegend auf freiwilliger und ehrenamtlicher Basis funktionierender Organisationsstrukturen zugunsten bürokratischer Organisation und daraus folgender weiterer Aufgabe an Eigenverantwortlichkeit der Gastwirte.

### 3. Vorschläge für eine qualitative Förderungspolitik

Ganz allgemein erhebt sich die Forderung nach einer Politik der Entlastung und qualitativen Verbesserung, der Entflechtung von unnötigen Abhängigkeiten und der Stabilisierung der Problemräume. Die Fremdbestimmung durch den quasi selbstverständlichen Anspruch der Agglomerationen auf die Ressourcen, auf Wasser, Luft und schöne Landschaft und auf die ökologischen Ausgleichsleistungen muß abgebaut werden, die Berggebiete sollen nicht mehr als Ergänzungs- und Zuhilfenahme für die Verdichtungsgebiete gesehen werden.

Den inneralpinen Straßenverbindungen ist der Vorrang gegenüber den internationalen Transversalen einzuräumen. Der Aspekt der immer schnelleren und besseren Erreichbarkeit und der „Mobilitätsfetterschismus“ (GRACHTSEL, P., 1978) breiter Bevölkerungs-

gruppen verbunden mit der zunehmenden Zerstörung der alpinen Erholungslandschaft ist in Frage zu stellen. Überlegungen darüber, inwieweit ein „numerus clausus“ (RIEHL, G., 1978) zu einer Beschränkung der Bettenzahlen in einzelnen Teilräumen beitragen könnte, sollten primär an der Frage des äußeren und inneren Erschließungsgrades ansetzen. Auf jeden Fall sollte jedoch der Zirkel „Verkehrerschließung — Nachfragessteigerung — weitere Verkehrerschließung“ dadurch durchbrochen werden, daß die Verkehrsplanung als Lenkungsinstrument benutzt wird, das gegebenenfalls für einzelne Teilräume auch die Verhinderung einer weiteren Verkehrerschließung vorsieht. Ein anderes Beispiel für diese „Teufelsspirale“ (SCHWARZENBACH, F.H., 1978) aus dem System Schitourismus bietet eine bekannte Folgekette von Maßnahmen, mit der in der Praxis versucht wird, die Kapazität eines „Pistenkreuzes“ (Transportanlage und Schipiste) zu erhöhen und seine Anziehungskraft auf die Seilbahn zu verbessern.

Es soll ein Landesraumordnungskonzept mit einer entsprechenden Funktionszuweisung an die Teilräume erarbeitet werden. „Jedes Jahr sind wir besser gestiftet, das zu erreichen, was wir wollen, aber was wollen wir eigentlich?“ (JOUVENEL, B., 1976).

Das touristische Angebot im Sommer soll verbessert werden. Besondere Beachtung sollen die Nutzungskonflikte zwischen den verschiedenen Tourismusformen und zwischen Winter- und Sommertourismus finden, es ist nicht möglich, alle Formen gleichzeitig und überall anbieten zu wollen. Es sollen Maßnahmen zur Bremsung des Rückgangs der Aufenthaltsdauer angestrebt werden, um die weitere Belastung der Infrastruktur möglichst einzudämmen. Es ist eine gesamtwirtschaftliche Überlegung anzustellen, ob der höhere Nutzenfluß eines ausgabenintensiven Wintererholungsverkehrs die Kosten für erhöhte Infrastrukturausgaben durch z.B. kürzere Aufenthaltsdauer des Wintergastes aufwiegen kann.

Der Widerspruch zwischen ethischer Abschirmung durch den Proporz und weiteres Investitionen in die Fremdenverkehrswirtschaft und damit zusammenhängenden „Fremdarbeiterquoten“ soll entzweit werden. Für eine bessere Beziehung zwischen Einheimischen und Gästen soll einerseits das Verständnis der Gäste für die Situation des Gastlandes verbessert werden, andererseits die Darstellung des Gastlandes in der Werbung weniger klischeehaft erfolgen.

Vor der Schaffung einer zweiten Saison sollten alle Maßnahmen zur Saisonverlängerung der bestehenden Saison ausgeschöpft werden. Für die Lizenzverlängerung von Gastbetrieben sollen minimale Öffnungszeiten als Voraussetzung festgelegt werden. Das Fremdenverkehrsangebot sollte sich auf vorhandene Formen konzentrieren, bevor neue konkurrierende Ange-

bote erstellt werden. Das Fremdenverkehrsangebot sollte sich verstärkt auf Kapital- und infrastrukturextensive Fremdenverkehrsformen ausrichten.

Die verschiedenen Planungsinstanzen sind besser zu koordinieren, die Kompetenzen des Landschaftsschutzes sind aufzuwerten. Durch Bestimmungen der Bauordnungen sollen gastgewerbliche Formen verhindert werden, die leicht in Apartments umgewandelt werden können. Die Baumöglichkeiten im landwirtschaftlichen Grün sind auf eine akzeptable Wohnkubatur einzuschränken, dabei soll die gesamte Kubatur für die Berechnung herangezogen werden. Die Förderungsbeiträge und die Baukostenabgabe sind mit dem Landesentwicklungskonzept zu koppeln.

In unterentwickelten Gemeinden soll die prinzipielle Ausbaufähigkeit nach ihren natürlichen Grundlagen und der politischen Wille zum Aufbau einer Fremdenverkehrswirtschaft abgeklärt werden. Gleichzeitig soll eine mögliche Fremdenverkehrsentwicklung im Rahmen der übrigen Wirtschaftsentwicklung gesehen werden, es sollen auch alternative Entwicklungsmöglichkeiten geprüft werden. Die Bauplanung soll mit der Fremdenverkehrsplanung koordiniert werden. Dabei ist eine Demokratisierung des sozialen Planungsprozesses zur Förderung von Eigenverantwortlichkeit und Identifikation mit notwendigen restriktiven Maßnahmen herbeizuführen. Die Transparenz von Entscheidungen über die zukünftige Entwicklungspolitik auf kommunaler wie auch auf Landesoberfläche ist zu erhöhen. Die Aufgaben der Bezirksvereine, konkret der Bezirksbehörden für Fremdenverkehr „zur Entwicklung von Maßnahmen für die glückliche Beeinflussung der Fremdenverkehrswirtschaft“ sind aufzuwerten.

Die Errichtung von Einrichtungen zur Erweiterung des Verpflegungsangebotes soll gezielt gefördert werden. Der privaten Zimmervermietung sollen jene Funktionen zugebilligt werden, die diese besser vermitteln können als gastgewerbliche Betriebe. Soziale Beziehung, Kontakt, Kulturverbundenheit. Dabei ist jedoch besonders auf das Mittelmaß zwischen „individueller Menschlichkeit und Geselligkeit“ dem Urlauber gegenüber und der Vermarktung dieses „Kulturmonopols“ zu achten.

Umwandlungen von bestehender Bausubstanz zu gastgewerblichen Betrieben sollen nicht mehr öffentlich gefördert werden, vielmehr soll die Rückführung von räumlichen Überkapazitäten, die eine unrentable Auslastung aufweisen, zur Nutzbarmachung für die einheimische Bevölkerung gefördert werden. Bestehende, traditionelle Produktionsstrukturen sollen aufgewertet und reaktiviert werden, und nicht dem Rationalisierungsdruck geopfert werden. Die Alternative zur Massenherstellung von lokalen Markenprodukten ist die kooperative Bereitstellung dezentral erzeugter Güter.

# Sind Paket und Autonomie tabu?

## Tragweite der gewerkschaftlichen Forderungen

Immer wenn sich die Gewerkschaften mit den Problemen der Landesautonomie befassen, geraten sie ins Kreuzfeuer. Von rechts wird ihnen die Legitimierung abgesprochen, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen. Von links kommen Bedenken wie sie A. Teutsch im Skolast zum besten gab. Und dabei tauchen der Reihe nach die Widersprüche und objektiven Schwierigkeiten auf, die in der Südtiroler Arbeiterbewegung gerade auf diesem Gebiet vorhanden sind.

Es liegt mir fern, hier in wenigen Zeilen auf das ABC der Autonomie und die diesbezügliche Rolle der Gewerkschaften einzugehen. Nur so viel sei vorausgeschickt. Paket und Autonomie sind nicht tabu. Gerade die Arbeiterbewegung muß in der Lage sein, beides kritisch und mit wissenschaftlicher Methode zu analysieren und gleichzeitig einen klassenbewußten Kampf zu führen, damit Paket und Autonomie genauso wie andere Gesetze und Institutionen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung angewendet, interpretiert und verändert werden.

Beide Elemente — Analyse und der Kampf — stecken zwar noch in den Kinderschuhen, aber das ist schon etwas, was sich entwickeln kann.

Ich bin zwar nicht der Meinung, daß man zur Erörterung der komplexen Lage in Südtirol viel beiträgt, wenn man auch noch so brillante Ergebnisse der bundesdeutschen kritischen Politikwissenschaft auf Südtirol überträgt — man bringt dabei höchstens J. Agnoli und seine Schriften in Verruf —, aber wir werden nicht darauf verzichten können, die Analyse unserer Probleme auch außerhalb der engen Landesgrenzen von links her in Schwung zu bringen. Dies umso mehr, als es in Südtirol keine Universität gibt. Einen wesentlichen Beitrag in diesem Sinne sehe ich auch im hervorragenden Buch von Flavia Pristinger, "La minoranza dominante nel Sudtirolo", das erst kürzlich in Padua erschienen ist. Wenn die sicher nicht zu unterschätzenden intellektuellen Energien der zumeist jungen Linken Südtiroler, die an Universitäten und Forschungszentren Italiens und Mitteleuropas arbeiten und forschen, noch etwas intensiver auf die Analyse des konservativen Musterlandes Südtirols konzentriert werden und dabei eine enge Verbindung zwischen ihnen und der organisierten Arbeiterschaft Südtirols besteht, werden wir unseren Kinderschuhen bald entwachsen, zum Leidwesen der Konservativen.

Als wichtige Etappen auf diesem Wege betrachte ich die Autonomie-Diskussion im Skolast und die Dissertation über Themen wie die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, die Entwicklung der Landesautonomie, die wirtschaftliche und soziale Lage, die Nationalitätenfrage, die Zweisprachigkeit, die Rolle des Faschismus und Nazismus in Südtirol... Diese wissenschaftlichen Anstrengungen sind an der Südtiroler Arbeiterbewegung nicht spurlos vorbegegangen. Vieles davon ist in die Studententagungen der Gewerkschaften eingeflossen und hat zu konkreten Forderungen geführt.

Dies gilt auch für die Denkschrift an den Ministerpräsidenten Andreotti, daß seine Regierung inzwischen in Krise geraten ist, ändert wenig an der Substanz. Die Gewerkschaftsbünde AOB/UGIL, SOB/CISL und SGK/UIL vertreten in dieser Denkschrift zehn Forderungen, die auch von der SVP nicht vom Tisch gefegt werden können. Sie lassen sich nicht in das altbekannte Schema Italiener gegen Deutsche pressen. Sie gehen von einer umfangreichen Kenntnis der konkreten Lage aus, tragen der engen Verflechtung zwischen den Klasseninteressen und der Nationalitätenfrage Rechnung und beschränken sich nicht auf einen sterilen Protest gegen offenkundige Auswüchse und Ungereimtheiten, sondern bringen gleichzeitig Lösungsvorschläge und neue Ideen. Um so weit zu kommen, bedurfte es einer langen und zähen Arbeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung.

Die SVP reagierte sehr nervös und unsicher auf diese Denkschrift. Und es lohnt sich näher auf diesen Zustand einzugehen, weil so eine Reihe von politischen Zusammenhängen sichtbar wird.

Durch diese Denkschrift wird am arbeitsfähigen und längst eingefahrenen politischen Koordinatensystem Südtirols gerüttelt. Wenn sich der gute Ansatz der Gewerkschaften zu einer konsequenten politischen Linie weiterentwickelt, könnte sich auch eine Tendenzwende abzeichnen, deren Tragweite die SVP meiner Ansicht nach richtig einzuschätzen versteht. Sie gibt aber aus ihrem mangelhaften Demokratieverständnis heraus die falschen Antworten auf die aufgeworfenen Fragen.

Betrachten wir zunächst das bestehende politische Bezugssystem: es spielt sich zwischen der SVP einerseits und den gesamtstaatlichen Parteien andererseits ab, oder anders gesehen zwischen den von der SVP bego-

monisierten deutsch- und ladinischsprachigen Südtirolern und den Italienern mit ihrem Parteienpluralismus. Auf die Institutionen übertragen vollzieht sich dieses Verhältnis zwischen der Autonomie Provinz Südtirol und den zentralen Einrichtungen des Staates. Dazwischen gibt es zwar Ausnahmen und Störungen, aber bisher kein nennenswertes politisches Subjekt, weil sich mehr oder weniger alle beteiligten Kräfte und Institutionen dieser politischen Rollenverteilung unterordnen. Auch die Arbeiterbewegung wurde lange Zeit — zumindest in der Praxis — gezwungen, sich dieser „Anordnung“ zu fügen.

Nun ist es aber nicht mehr zu übersehen und noch weniger zu überhören, daß die Arbeiterbewegung — Gewerkschaften wie Parteien — immer weiter aus der Reihe tanzte. Sie fügt sich immer weniger dem Diktat der ethnischen Trennung, ist immer besser imstande, die Arbeiter aller Volksgruppen zu organisieren und zu mobilisieren; sie gibt ein Beispiel dafür, daß es vorteilhafter ist, Klasseninteressen gemeinsam zu verteidigen trotz der ethnischen Verschiedenheit, die voll respektiert werden muß. Im konkreten Fall der Denkschrift an Andreotti wurden von den Gewerkschaften Forderungen erhoben, auf die kein Südtiroler, ob nun Deutscher, Italiener oder Ladiner, verzichten kann. Es wird erstens ein *funktionsfähiger und gut organisierter öffentlicher Dienst* verlangt, woran nicht nur die Arbeiterschaft im engeren Sinn interessiert ist. Daß in den öffentlichen Ämtern die Zweisprachigkeit garantiert und bei den Personalmaßnahmen der ethnische Proporz eingehalten werden muß, wird ebenfalls unterstrichen. Spezifisch gewerkschaftlicher Natur sind dann die *Forderungen über die Wahrung und Verbesserung der Rechte der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst*. Auch diese Forderungen sind für die neu aufgenommenen deutsch- oder ladinischsprachigen Beamten genauso wichtig wie für ihre italienischsprachigen Kollegen, die vorläufig noch mehr an der Verteidigung der bereits erworbenen Rechte interessiert sind.

Dabei geht es den Gewerkschaften vorwiegend darum, daß die Interessen der direkt Betroffenen zum Vorschein kommen, daß diejenigen zum sozialen und politischen Subjekt werden, die bisher in den Maschen des ethnischen Gettosystems hängen blieben, deren soziale Forderungen nur allzu leicht ins nationalistische Fahrwasser abgedrängt wurden.

Wie begegnet nun die SVP dieser Entwicklung? Ihre Antwort auf die gewerkschaftliche Denkschrift an Andreotti im Volksboten vom 18. Jänner 1979 ist: aufschlußreich. Zunächst werden den Gewerkschaften „übertriebene Gellüste“ vorgeworfen, als ob es sich nicht um „Gellüste“ der Arbeiter und Angestellten handelte, die von den Gewerkschaften aufgegriffen und ver-

fochten werden. Dann kommt es deutlich. Die Gewerkschaften wollten „nichts weniger als ein Aufsichtsrecht in Anspruch“ nehmen. Sie „möchten sich zu einer Art „Dritten Kraft“ messern, welche sich zwischen der Provinz und den zentralen Behörden andererseits einschalten will“.

Wer seit Jahrzehnten den alten ausgefahrenen Pfaden folgt, muß es wohl so sehen. Aber daß es auch in Südtirol immer deutlicher eine demokratische Dialektik gibt, die über die ethnischen Grenzen hinausgreift, wo sich Politik nicht nur auf der Ebene von Parteien und Institutionen abspielt, will man nicht wahrhaben. Deshalb werden die Gewerkschaften gleichsam als neue, wenn auch unbequeme Subjekte in den Himmel der „Dritten Kraft“ erhoben.

Eigenartig ist dann auch folgender Satz im Volksboten: „Wir sollen den Gewerkschaften sicher nicht in dem Sachbereich der Autonomie jedes Mitspracherecht absprechen. Sie dürfen sich aber nicht anmaßen, sich an die Stelle der Landesregierung setzen zu können“. Welche Gewerkschaft würde das auch jemals wollen? Der Pansyndikalismus gehört auch in Südtirol der Geschichte an. Daß die SVP im Ernst eine solche Machtusurpation durch die Gewerkschaften fürchtet, ist auch nicht anzunehmen. Es geht hier wohl um die berühmte Übertreibung, die es braucht, um in die politische Polemik etwas mehr Pfeffer hineinzubringen.

Also ein Vogelscheuchen-Argument, das übrigens schon recht abgenützt ist und mit Vorliebe vom Landeshauptmann selbst bei seinen Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften gebraucht wird, obwohl er mit seiner konservativen 80%-Mehrheit im Landtag sicher nicht fürchten muß, von einem Gewerkschafter abgelöst zu werden.

Was die SVP und wahrscheinlich alle Nutznießer der alten politischen Rollenverteilung ernsthaft stört, sind wohl nicht die „Gefühle“ der Gewerkschaften, sondern ist die Tatsache, daß die lokale Arbeiterbewegung insgesamt eine neue, stärkere und überethnische Rolle zu spielen beginnt, wo echte Klasseninteressen nicht mehr so leicht und ungestraft ins nationalistische Zwielicht gezogen werden können. Diese Entwicklung hat auch eine handfeste wirtschaftliche und soziale Grundlage im gegenwärtigen Veränderungsprozeß der ethnischen Arbeitsteilung in Südtirol und in der zunehmenden Modernisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen. Dadurch wird das bestehende Kräfteverhältnis in Bewegung gebracht und der Weg für eine Tendenzwende geöffnet. Daß die konservativen Kräfte Südtirols daran nicht interessiert sind und insgeheim sogar fürchten, ihre konsolidierte Vormachtstellung könnte angeschlagen werden, ist wohl verständlich.

Klaus Reider

## Beitrag zum Thema: Arbeiterbewegung und Autonomiestatut

Die Gewerkschaftsbewegung hat sich vor allem in den letzten Monaten und Jahren des öfteren mit einigen Aspekten des Neuen Autonomiestatutes auseinandergesetzt, ohne dabei aber auf eine Theorie der Minderheitenproblematik zurückgreifen zu können.

Das Fehlen eines nicht nur allgemein theoretisch abgesicherten Bezugsrahmens hat denn auch meines Erachtens dazu beigetragen, daß in der Vergangenheit einige Komponenten der Südtiroler Gewerkschaftsbewegung die Minderheitenproblematik im Rahmen einer die Werktätigen aller Volksgruppen erfassenden Gewerkschaftspolitik absolut vernachlässigt oder doch zumindest größtenteils deren Bedeutung für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse in Südtirol unterschätzt haben.

Erst die praktische Durchführung der Paketmaßnahmen hat eine bestimmte Ernüchterung mit sich gebracht: es wurde erkannt, daß die Gewerkschaftsbewegung in Südtirol sich nur dann zur gesellschaftlichen Kraft entwickeln und sich in der Südtiroler Arbeiterschaft nur dann tatsächlich verankern kann, wenn sie den Stellenwert der ethnischen Problematik in einer durch das Neue Autonomiestatut veränderten sozialen und politischen Situation richtig bestimmt und die ethnische Frage in der Straagediskussion berücksichtigt.

Auf dieser Grundlage setzte ein Umdenkungsprozeß ein, der jedoch vielfach verspätet stattfand und noch keineswegs als abgeschlossen betrachtet werden kann.

So versucht man heute zweifelsohne mehr als früher eine korrekte Bestimmung des Begriffes „Einheit der Werktätigen unabhängig von deren Volksgruppenzugehörigkeit“ vorzunehmen und eine dementsprechende gewerkschaftliche Praxis abzuleiten. In der Vergangenheit hat man sich allzu oft damit begnügt, eine Einheit zwischen den deutschen und italienischen Werktätigen ausgehend von der objektiven Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß zu postulieren; aus dieser verkürzten Sicht der Lage der Arbeiterklasse konnte aber keine der Werktätigen aller Volksgruppen vereinheitlichende und mobilisierende Forderungspolitik gegenüber dem Staat und der Region entwickelt werden, die neben den zweifelsohne vordergründigen wirtschaftlichen und sozialen Forderungen auch solche enthält, die die Lage der Südtiroler Lohnabhängigen als Teil einer Minderheit im italienischen Staate betreffen. Der Appell an die Einheit der Werktätigen blieb daher meist abstrakt, da er der realen

Lage der Südtiroler Werktätigen nicht Rechnung trug

Diese Fehlhaltung, bedingt auch durch den allgemeinen Stand der Diskussion zu diesen Fragen innerhalb der Arbeiterbewegung in Südtirol, wo man mehrheitlich dazu neigte, Minderheitenfragen lediglich als Aspekt der bürgerlichen Taktik der „Spaltung der Werktätigen“ zu begreifen, führte dazu, daß der Aktionsradius der Gewerkschaften bewußt auf ökonomische und soziale Probleme eingegrenzt wurde und die Minderheitenfrage an die politischen Parteien delegiert wurde. Diese Trennung zwischen Ökonomie und Politik trug dazu bei, daß die im sozialen Bereich aktiven Komponenten und Organisationen in Südtirol den Einsatz für die Rechte der Südtiroler Minderheit der SVP überließen und damit deren Hegemonieanspruch (politisch, ideologisch, kulturell) in dieser Frage akzeptierten: die Gewerkschaftsbewegung griff in die Auseinandersetzung zwischen Südtiroler Minderheit und italienischem Staat, die in der Verabschiedung des Neuen Autonomiestatutes gipfelte, nicht ein und mußte überdies noch aufgrund der angelegenen Fehlhaltung (sicher nicht nur deshalb) eine Spaltung der Werktätigen auf ethnischer Basis relativ hilflos und unvorbereitet hinnehmen (1964: Gründung des ASGB).

Erst die praktische Durchführung der Proporz- und Zweisprachigkeitsbestimmungen und die in der letzten Legislaturperiode vom Landesausschuß ausgeübte gesetzgeberische Tätigkeit, die viele für die Lage der Arbeiter bedeutsame Aspekte betraf, hat die Gewerkschaften veranlaßt, die eigenen Positionen zu präzisieren und die Zukunftsziele genauer abzustecken — ohne daß man deshalb heute bereits von einer ausgereiften, den realen lokalen Verhältnissen entsprechenden Gewerkschaftsstrategie sprechen könnte (dies gilt sowohl für die drei gesamtstaatlichen Gewerkschaftsbünde AGB/CGIL, SGB/CISL, SGK/UII als auch für den ASGB).

Zweifelsohne wurden einige der größten Fehler der gewerkschaftlichen Praxis und einige Engpässe in der theoretischen Auseinandersetzung überwunden, andererseits steht es meines Erachtens der Gewerkschaft aber gar nicht zu, eine in sich geschlossene und totalisierende Gesellschaftstheorie zu entwickeln, nach der sich dann die gewerkschaftliche Praxis auszurichten hätte.

Die Gewerkschaft muß vielmehr, ausgehend von einer konkreten Analyse der Lage der Werktätigen in Südti-

rol, ihre Forderungspolitik entwickeln und es kann weder darum gehen, diese noch immer erforderliche Realanalyse durch politische Glaubensbekenntnisse zu ersetzen, noch darf uns das Autonomiestatut zu einer reinen soziologischen Kategorie zusammenschrauben.

Das Neue Autonomiestatut beinhaltet sicher positive Aspekte (Schutz der Rechte der Südtiroler Minderheit, Dezentralisierung der Machtbefugnisse, Möglichkeiten einer direkteren Kontrolle über die wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozesse); dies darf aber nicht dazu verleiten, die die Südtiroler Gesellschaft kennzeichnenden Widersprüche auszuklammern und sich als Gewerkschaft lediglich zum Garanten einer — wenn auch demokratischeren — Durchführung der im Autonomiestatut enthaltenen Bestimmungen aufzuschwingen. Eine derart legalistische Sicht könnte dazu beitragen, die Gewerkschaft als gesellschaftliche Kraft an den Rand der realen Entwicklung zu drängen — diesmal, weil die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Widersprüche als Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung nicht zur Genüge erkannt und in solidarisches Handeln umgesetzt werden.

Die Gewerkschaften müssen meines Erachtens eine Forderungspolitik entwickeln, die auf dem Boden des Neuen Autonomiestatutes steht und sich nicht gegen das Autonomiestatut richtet. Anders ausgedrückt heißt es: es geht darum, gesellschaftliche Widersprüche bewußt zu machen, Bedürfnisse zu organisieren, neue solidarische Verhaltensweisen zu praktizieren und kurzfristig konkrete, für die Werktätigen aller Volksgruppen unmittelbar erfahrbare Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen durchzusetzen.

Der Einsatz der Gewerkschaften für die Demokratie in Südtirol besteht in der Verteidigung der Rechte der Südtiroler Minderheit gegenüber dem italienischen Staat, im Kampf gegen jede Form von Zentralisierung der Entscheidungsprozesse aufgrund der umfassenden Kompetenzen der Landesregierung, in der Suche nach direkten Formen solidarischer Organisation am Arbeitsplatz und auf Gemeindeebene, im Kampf gegen jede Form von Nationalismus, der — im Unterschied zum Einsatz für die Rechte einer Minderheit — die Beziehungen zwischen den Volksgruppen tatsächlich vergiftet und die Werktätigen spaltet.

Nur auf diese Weise kann sich die Gewerkschaft zur gesellschaftlichen Kraft entwickeln, die verändernd in den realen Entwicklungsprozess in Südtirol eingreift und die vor allem auch in der Lage ist, unter den Werktätigen und mit diesen eine die deutschen und italienischen Lohnabhängigen vereinheitlichende Gewerkschaftspolitik zu erarbeiten und zu praktizieren, die die ethnische Problematik ebenso positiv beantwortet wie die soziale.

Benno Simma

## Die Arbeiterbewegung Südtirols und das Autonomiestatut

Es ist — um es von vorneherein zu sagen — nicht möglich, ein so weitläufiges und umfassendes Thema wie das Verhältnis der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung Südtirols zu Autonomiefrage, Autonomiestatut und zur Problematik der nationalen Minderheit im allgemeinen in erschöpfender Weise zu behandeln.

Ich muß mich notgedrungen auf einige Aspekte des Problems beschränken und hoffe, damit einen Beitrag zu der im „Skolast“ bereits veröffentlichten Diskussion geben zu können.

Bisher zu kurz gekommen scheint mir die geschichtliche Analyse des Problems: Welche Rolle und welches Gewicht hatte die Arbeiterbewegung Südtirols bei der Auseinandersetzung zwischen nationaler Minderheit und Zentralstaat?

Eine grundsätzliche Frage — ohne Zweifel, meiner Ansicht nach prägen zwei geschichtliche Perioden den Weg zum derzeitigen Autonomiestatut: einmal der Zeitabschnitt von der Annexion bis zum Faschismus und zum anderen die Nachkriegsjahre. Die Zeit der nazi-faschistischen Unterdrückung soll dabei nicht ausgeklammert werden; stellt ja gerade sie die Unterdrückung und völlige Entmachtung der Arbeiterklasse und ihrer politischen Vorschläge in bezug auf die nationale Minderheit dar.

Vor dem Einzug faschistischer Schlägertrupps in Bozen, vor der gewaltsamen Plünderung des Gewerkschaftshauses und der Druckerei der sozialdemokratischen Zeitung „Volksrecht“ von seiten der Schwarzhemden, hatte die Arbeiterbewegung in Südtirol trotz ihrer unzugbaren Schwäche dem Deutschen Verband gegenüber eigene Vorstellungen und eigene politische Positionen zum Problem der nationalen Minderheit erarbeitet.

So zum Beispiel verfochten die Sozialdemokraten die politische Lösung des Selbstbestimmungsrechtes, später die einer vollen Verwaltungsautonomie Südtirols in voller Unabhängigkeit von den Vorstellungen des Deutschen Verbandes, auch wenn sie gegen den Zentralstaat gemeinsam auftraten.

Die Arbeiterbewegung von damals kämpfte aus dem Innern der nationalen Minderheit heraus gegen den Zentralstaat, ohne deshalb die Klassegegensätze in der nationalen Minderheit selbst außer acht zu lassen.

Es war die Arbeiterbewegung, die daher als erste der gewaltsamen nationalen Unterdrückungspolitik des Fa-

schismus zum Opfer fiel: Anerkannte Gewerkschafter, Kader und Aktivisten mußten ins Exil, wenn sie nicht vorher ins Gefängnis oder in die Verbannung mußten.

Die ohnehin schon schwache Arbeiterschaft Südtirols blieb also ohne Führung. Ihre Organisationen wurden zerschlagen.

Die breit einschlagende großdeutsche Ideologie, auch als Reaktion gegen die Assimilierungspolitik des Faschismus zu bewerten, wurde durch die anfänglich illegale Arbeit des nazi-orientierten Völkischen Kampfringes verbreitet und später durch die nationalsozialistische Besetzung Südtirols verstärkt. Diese Ideologie hat der nationalen Minderheit auch in den Nachkriegsjahren ihren Stempel aufgedrückt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die Arbeiterbewegung Südtirols ihre Selbständigkeit verloren: sie war eingeschweift worden in den festen Block der Sammelpartei, in der ihre Klassegegner von jeher das große Wort hatten. Der Saden zur prä-faschistischen Zeit schien fast ganz abgerissen. Es gab zwar nach dem Krieg den Versuch zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei, doch die Sammelpartei war stark genug, ihn zum Scheitern zu bringen und sich die Partei zu vereinnahmen.

Den Südtiroler Arbeitern mußte daher die italienische Arbeiterklasse bedrohlich und aggressiv vorkommen; auch haben es die gesamtstaatlichen Arbeiterparteien versäumt, hier vermittelnd und politisch weitsichtig einzugreifen. Auch ordneten diese sich dem bürgerlichen Wiederaufbau der Wirtschaft unter, der für Selbstverwaltungsbestrebungen nur raube Ohren haben konnte.

Im Kampf der nationalen Minderheit gegen den italienischen Nationalstaat war die Arbeiterschaft verstummt. Die deutschsprachigen Südtiroler wurden durch ihre Herrschenden vertreten. Das Fußvolk wurde nur zu wichtigen Anlässen gebraucht: so für Sigmundskron und später für den Terrorismus. Ansonsten hatte es bloß zu warten und zu vertrauen.

Mit der Durchführung des eigentlichen Autonomiestatutes ist dieser Abschnitt wohl zu Ende gegangen. Der Staatszentrismus ist damit gebrochen worden und ohne Zweifel hat das Autonomiestatut mehr „äußere“ Demokratie gebracht. Unter „äußerer“ Demokratie verstehe ich das Konzept der Gleichberechtigung der nationalen Minderheit gegenüber den anderen

Staatsbürgern (in Sprache, Kultur, Schulwesen), die Territorialautonomie gegenüber dem Zentralstaat usw.

Das Autonomiestatut hat aber nicht zur „inneren“ Demokratie beigetragen. Bozen verwaltet Südtirol gleich zentralistisch wie Rom es früher getan hat. Die Zuständigkeiten des Landes werden oft gegen die Arbeiterschaft benutzt und begünstigen die wirtschaftlich starken Kreise Südtirols. Bei der Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen wurden die Gewerkschaften nur als Zuhörer vorgeladen. Arbeiterinteressen werden kaum berücksichtigt.

Der Ausbau der „inneren“ Demokratie in Südtirol muß also noch erkämpft werden. Das Fehlen von Selbstverständnis der Südtiroler Arbeiterschaft, das Fehlen einer eigenständigen politischen Haltung der Werktätigen Südtirols dem Autonomiestatut gegenüber macht sich immer mehr bemerkbar.

Die Linke in Südtirol hat eben erst begonnen, sich mit diesem bisher unbewältigten Problembereich auseinanderzusetzen, darüber offen, aufnahmebereit und frei von nationalen Parteilösungen zu diskutieren, den Mut aufzu bringen, eigene Fehler einzusehen.

ziehungen zum FDGB in der DDR. Ebenso offizielle Beziehungen unterhalten die Unternehmer mit Hilfe der Handelskammer Bozen auf kultureller Ebene ist eine Landesstelle der Gesellschaft Italien-DDR tätig. Wieviel an diesen Beziehungen zur DDR herangezogen wird, setze ich als bekannt voraus. Auf jeden Fall ist es mafios übertrieben, wenn S. Stuffer meint, im „deutschsprachigen Südtirol“ könne die DDR „ohne weiteres operieren“. Wer weiß, wie ungestört die „Stille Hilfe“, F. J. Strauß, der wackere Otto von Habsburg, die SPD, die SPO, die ÖVP, die rechten Liberalen und zum Teil erklärte Faschisten aus der BRD in Südtirol ohne weiteres operieren, kann sich nur wundern, wenn es einen Südtiroler Sozialdemokraten so unheimlich stört, daß nach 30 Jahren zum ersten Mal zwei Gewerkschafter aus der DDR in Südtirol waren. Die DDR hat weder die Absicht noch die Möglichkeit in Südtirol zu „operieren“, es wäre aber für beide Seiten ein großer Vorteil, wenn auf möglichst vielen Ebenen korrekte internationale Beziehungen unterhalten würden.

Als besonderen Beweis für seine These nennt Stuffer den Umstand, daß Pertini (damals Kammerpräsident in Rom) „wichtige Persönlichkeiten aus der DDR“ auf einer „CGIL-Versammlung“ in Bozen „ignoriert“ hätte. Das ist völliger Unsinn. Pertini kam für einen Augenblick als Urlauber in die von Stuffer erwähnte Versammlung, begrüßte alle Anwesenden, ließ sich die FDGB-Delegation vorstellen und ging wieder. Was hätte er als Urlauber und Privatmann in Bozen sonst auch tun sollen? Offizielle Treffen zwischen Parlamentariern Italiens und der DDR können doch nicht von der Bozner Arbeiterkammer improvisiert werden, oder? In Rom finden solche Treffen wiederholt statt. Die Zeit der Ignorierung ist längst vorbei.

Dann weiß Stuffer auch von einer deutschsprachigen Gewerkschaftsversammlung in Schlanders zu berichten, wo „dieselben DDR-Leute“ aktiv in die Diskussion eingegriffen hätten. Haben sie. Nur war es keine Gewerkschaftsversammlung, sondern eine deutschsprachige Versammlung der Sozialistischen Partei Italiens, an der auch Livio Labor, Alfred Frei und viele andere deutschsprachige Sozialisten teilnahmen. Und der „Eingriff“ in die Diskussion beschränkte sich auf ein Grußwort, wie es bei ausländischen Gastdelegationen üblich ist. Also wenn man Fakten nennt, sollten sie auch stimmen! Vor allen Dingen, wenn man so globale Schlussfolgerungen daraus ziehen will wie S. Stuffer.

Daß schließlich jedes Mitglied (des AGB/CGIL?) eine italienischsprachige Gewerkschaftszeitung aus der DDR erhält, ist ebenfalls ein Märchen. Es kommen keine 100 Stück von dieser Zeitung nach Südtirol. Aber „tutto fa brodo“ (alles muß herhalten), wenn's um die DDR geht.

Josef Perkmann

## Leserzuschrift

### Erwiderung an Siegfried Stuffer

# Wie gut sind die Beziehungen zur DDR?

So sehr ich die Ausführungen von Siegfried Stuffer in seinem Artikel „Arbeiterbewegung und Autonomie in Südtirol“ (Skolast. November 1978, Nr. 4) schätze, kann ich andererseits nicht umhin, auf die Oberflächlichkeit in der Wiedergabe einiger Fakten hinzuweisen.

So schreibt Siegfried Stuffer in seinem Artikel: „Was die Arbeiterbewegung in dieser Phase anbelangt, muß festgestellt werden, daß durch eine mangelhafte ideologische und politische Analyse und die daraus folgende konkrete politische Aktion die Möglichkeiten, die sich heute bieten, nicht voll ausgeschöpft werden, bzw. potentielle Entwicklungen von Teilen der Arbeiterbewegung eher retardiert werden.“ Dann folgen eine Reihe von Fakten, wodurch die aufgestellte Behauptung untermauert werden soll. Dabei kommt Siegfried Stuffer auch auf das Verhältnis zur DDR zu sprechen. Er nimmt es mit den Tatsachen aber leider nicht sehr genau. Und das ist bedauerlich, weil so auch der Rest der Aussage in Frage gestellt wird. Denn wer von falschen Voraussetzungen ausgeht, kommt bekanntlich nicht zu den richtigen Schlüssen.

So behauptet Stuffer: „Während in der gesamtstaatlichen italienischen Linke ein sehr kritisches und reserviertes Verhältnis zur DDR besteht (siehe Fall Corghi, siehe neue Leninismus-Diskussion), darf diese im deutschsprachigen Südtirol ohne weiteres operieren, rein opportunistisch.“ Das stimmt wohl bei weitem nicht. Die italienische Linke hat im Gegensatz zu einem großen Teil der deutschsprachigen Linken in Südtirol ein durchaus entkrampftes und gutes Ver-

hältnis zur DDR. Der Fall Corghi war sicherlich äußerst bedauerlich, wurde aber niemals so weit hochgespielt, daß daraus ein „sehr kritisches und reserviertes Verhältnis zur DDR“ abgeleitet werden könnte. Wenn schon müßte sich ein so „kritisches Verhältnis“ auf mehr stützen können, als auf einen für beide Seiten tragischen Zwischenfall an der Grenze. Und die Leninismus-Diskussion verläuft zwischen der PSI (Craxi) und der KPI (innerhalb der italienischen Linken) meines Erachtens weitaus hitziger und grobschlächtiger als zwischen den italienischen Marxisten und Leninisten und der SED.

Man bedenke auch, daß in fast allen von der Linken verwahrten Städten und Provinzen Italiens auf gewerkschaftlicher, partypolitischer, kultureller und institutioneller Ebene internationale Verbindungen zu sozialistischen Ländern — darunter meistens auch zur DDR — bestehen. Diese Beziehungen spielen sich vor den Augen aller, also in der Öffentlichkeit Italiens ab. Und niemand wird dabei hysterisch. Es braucht weder den Verfassungsschutz noch eine ideologische Zensur.

In Südtirol ist es anders. Wir haben es ja noch nicht zu einer roten Region gebracht. Und deshalb braucht es hier mehr Mut, mit der DDR auf irgend einer Ebene korrekte internationale Beziehungen zu unterhalten, als in anderen Regionen.

Die DDR als heißes Eisen beiseitezulegen, dazu braucht es allerdings nicht viel. Da sind die Rinnen alle ausgefahren. Da braucht man als „Linker“ nur ins gleiche Horn zu blasen wie die Konservativen.

In Südtirol hat bekanntlich der AGB/CGIL offizielle internationale Be-



## Gleichstellung der Südtiroler in Österreich — eine offene Problematik

Über ein Jahr lang hätte man Gelegenheit gehabt, sich mit dieser Thematik zu befassen und auseinanderzusetzen, doch niemand rührte sich bis zum letzten Abstrich. Wieder einmal hatte es die Opposition in Südtirol (mit wenigen Ausnahmen) verschlafen, obwohl man bereits im Jänner 1978, als das Kontaktkomitee Nord-Südtirol in Innsbruck zusammentraf, in Erfahrung bringen konnte, welche Bereiche das Gleichstellungsgesetz beinhalten sollte.

Die lokalen Tageszeitungen berichteten darüber, die SH setzte sich mit Landeshauptmann Magnago und dem österreichischen Außenminister Fahr in Verbindung und gab eine Pressemitteilung heraus. Und so begann sie, die Diskussion, oder besser gesagt, der Stellungskrieg zwischen Tiroler Tageszeitung und Dolomiten auf der einen, und dem Alto Adige auf der anderen Seite.

Warum aber? Die SH hatte in jener Pressemitteilung den Vorschlag unterbreitet, bei einer Gleichstellung der Südtiroler in Österreich nicht nur, wie es das Gesetz vorsieht, die deutschsprachigen Südtiroler und die Ladinler zu berücksichtigen, sondern auch die italienischsprachigen Südtiroler in diese Regelung miteinzubeziehen. Die SH begründet ihre Haltung damit, daß auf Grund der ethnischen Zusammensetzung in Südtirol ein friedliches und konstruktives Zusammenleben aller Volksgruppen unumgänglich notwendig sei und deshalb alle Maßnahmen ergriffen werden sollten, die diesen Zielen dienen. Sollten somit die Südtiroler Studenten (da es insbesondere um die Gleichstellung auf universitärer Ebene geht) den österreichischen gleichgestellt werden, so müßte eine solche Regelung alle Südtiroler Studenten betreffen, also Deutsche, Ladinler und Italiener. Durch eine solche Regelung hätten nämlich italienischsprachige Studenten aus Südtirol die Möglichkeit, sich in die deutsche Sprache zu vertiefen, den deutschen Kulturraum kennenzulernen und dadurch weit mehr Verständnis für die Probleme von Minderheiten aufzubringen.

Der Volksbote kontexte darauf, die SH greife wieder einmal daneben, die Tiroler Tageszeitung behauptete, die SH gehe bewußt von falschen historischen Tatsachen aus, während der Alto Adige die Vorstellungen der SH dementsprechend hervorhob.

Überhaupt verstante die Zeitungs polemik nie ganz, das Für und Wider in dieser Frage wurde immer wieder aufgeworfen und jeweils Seitenhiebe verteilt, ohne allerdings die Argumente näher zu analysieren und ohne auf den Inhalt des Gleichstellungsgesetzes näher einzugehen.

Die SH griff erst wieder im September letzten Jahres in die Diskussion ein. In einer Ausschlußresolution forderte sie nach wie vor die Gleichstellung aller in Südtirol ansässigen Studenten, wobei in Anlehnung an die Regelung für Wamion zu den demokratischen Gremien in Südtirol der Standpunkt vertreten wurde, daß Südtiroler sei, wer in der Provinz Bozen mehr als vier Jahre ansässig sei.

Insbesondere ist dabei hervorzuheben, daß diese Resolution vom Ausschluß der SH *einstimmig* verabschiedet wurde, das heißt nicht nur die fortschrittliche Mehrheit hat dafürgestimmt, sondern auch alle konservativen oppositionellen Ausschlußmitglieder.

Aber erst nachdem Südtirols linker „deus ex machina“, Alexander Langer, durch eine Anfrage an die Landesregierung die Thematik der Gleichstellung aufgegriffen hatte, weinete sich die Diskussion aus und ergriff auch die verschiedenen politischen Kräfte des Landes. Plötzlich erwachten alle Parteien aus ihrem „dogmatischen Schlummer“.

### Pariser Vertrag und Schutzfunktion Österreichs

Nach Aussagen Magnagos hat Österreich auf Grund des Pariser Vertrages eine Schutzfunktion für Südtirol. Dieser wurde zum Schutz der deutschen und ladinischen Sprachminderheit in Südtirol geschlossen. Wenn Österreich die Südtiroler auch in Österreich schützen wolle, dann müsse das auf „tatsächliche“ Südtiroler beschränkt sein. Österreich habe ja auch keine Legitimation, den Italienern Sonderbegünstigungen unter dem rechtlichen Titel des Pariser Vertrages einzuräumen („Dolomiten“, 5. Juni 1978). Zudem wäre der Einbezug der italienischen Südtiroler laut Magnago eine Diskriminierung gegenüber Italienern aus anderen Provinzen.

Die SVP beruft sich bei ihrer Argumentation immer auf den Pariser Vertrag und dessen rechtliche Auslegung. Niemand will Österreich das Recht

streitig machen, seine Schutzfunktion für Südtirol auszuüben — im Gegenteil. Nur geht diese Problematik über eine rechtliche Interpretation des Pariser Vertrages hinaus. In dieser Frage geht es nämlich in erster Linie um den politischen Willen, wie ethnische Probleme gelöst werden sollen.

Hier allerdings ist der politische Wille der SVP eindeutig, die in ihrer Volkstanspolitik konsequent bleibt. Demnach bleibt nach wie vor die ethnische Trennung in allen Lebensbereichen oberstes Prinzip. Dadurch gelingt es ihr auch immer wieder, ihre Politik in die Gestalt nationalistischer Auseinandersetzungen zu kleiden und damit den Problemen, die alle Volksgruppen gleichermaßen betreffen, die sozialen Wurzeln zu entziehen und damit die Klassengegensätze zu verhüllen.

Was darüber hinaus die SVP unter einem friedlichen Zusammenleben der Volksgruppen versteht, zeigt wohl am besten die von der Jungen Generation in der SVP vorgelegene These, bei einer föderalistischen Lösung der Südtirolfrage für Italiener eine Art Homeland nach dem Vorbild Südafrikas zu schaffen.

Der Parlamentarier Hugo Gampers sorgte allerdings in der Gleichstellungsfrage unerwartet für Aufregung und neuen Diskussionsstoff. Entgegen der offiziellen Parteilinie vertrat er nämlich die Meinung, daß es angebracht wäre, auch den Italienern Südtirols in Österreich Begünstigungen einzuräumen und insbesondere den italienischsprachigen Studenten die Möglichkeit zu bieten, an österreichischen Universitäten zu studieren.

Das plötzliche Ausscheren Gampers aus der Parteilinie ließ aber sogleich berechnete Skepsis an seiner Aussage aufkommen, denn einer wie er wird wohl nicht von heute auf morgen seinen nationalistischen Prinzipien untreu geworden sein.

Am ehesten kann die Stellungnahme Gampers als Ventil für den Unmut jener Italiener verstanden werden, die bei den letzten Landtagswahlen der SVP ihr Vertrauen geschenkt haben (und es sollen nicht wenige gewesen sein). Zudem wird „einer, der schon öfters über die Schaffung einer Alpenrepublik nachgedacht hat, Österreich lieber als Schutzmacht für unser Territorium sehen und nicht nur für eine Volksgruppe, die darauf laßt. Leute, deren größtes Anliegen es ist, Südtirol möglichst weitgehend aus dem italienischen Staatsverband auszugliedern, müssen für das Territorialprinzip sein.“ (E. Kroubichler, „Südtiroler Volkszeitung“, 26. Jänner 1979).

Eine weitere Erklärung für diesen „Ausrutscher“, die allerdings mit Vorsicht zu genießen ist, ist jene, daß es heute Kreise gibt, zu denen vor allem auch ein Hugo Gampers gehört, die überzeugt sind, die Südtirolfrage mit all den sich ergebenden Komplikationen durch eine schrittweise „demokratische“ Germanisierung der Italiener

Südtirols zu lösen. Eine Möglichkeit, um dieses langfristige Ziel zu erreichen, wäre somit auch die assimilationistische Integration der Italiener in die deutsche Umgebung Österreichs.

## Die Linksoption: später Protest und Kniefall

Die deutschen Oppositionsparteien SPÖ und SFP setzten sich mit der Gleichstellungsfrage anfänglich mit unterschiedlicher Intensität auseinander. Die SFP Jemys vertrat bereits im letzten Jahr den Standpunkt der SH und brachte diesen auch dem österreichischen Außenminister Fahr vor, als er sich im Juni 1978 in Alpbach in Tirol aufhielt. Die SFP begrüßt demnach diese Gleichstellung, doch könne es nach ihrer Meinung keine Diskriminierung der in Südtirol ansässigen Bürger verschiedener Sprache geben.

Die SPS Erschaumers zeigte in dieser konkreten Frage einmal mehr ihre ambivalente Haltung in ethnischen Fragen. Nach langer Zeit des Schweigens kam es denn zum Bekenntnis, auch die Italiener sollten in den Genuss der Gleichstellung kommen. Allerdings bekannte sich die SPS-Führung nur widerwillig und unter internem Druck zu dieser Position, wobei man den Eindruck gewann, die SPS wolle die nur einmal bezogene Position möglichst vertuschen, da sie offenbar Angst hatte, man könne ihr im Landtagswahlkampf mangelnde ethnische Konsistenz vorwerfen.

Doch es kam, wie es kommen mußte. Die SPS-Führung wurde schwach und unterzog ihre Meinung einer Revision, indem sie von ihrer früher angenommenen Position abging. Dies zeigt einmal mehr, daß sich die Haltung der Südtiroler Sozialdemokraten in ethnischen Fragen von der Position der SVP nicht einmal in quantitativer Weise unterscheidet, geschweige denn in qualitativer.

Neuen Schwung in die Problematik der Gleichstellung brachte dann die Neue Linke durch Alexander Langer. Sie forderte die Gleichstellung auch der Italiener und sprach sich gegen eine Diskriminierung derselben aus. Langer gab Pressekonferenzen in Südtirol und Österreich und brachte eine Anfrage zu diesem Thema in den Landtag ein.

Das Engagement der Neuen Linken hatte eine Multiplikatorenwirkung. Insbesondere die lokale KPI mußte nun ihr Schweigen brechen und Stellung beziehen. Laut KPI habe Österreich zweifelslos auf Grund des Pariser Vertrages ein Recht, Schutzmaßnahmen zugunsten der deutschen und ladinischen Südtiroler zu ergreifen. Eine Ausdehnung der Gleichstellung auch auf Italiener der Provinz Bozen entbehre aber jeder gesetzlichen Grundlage, solle aber vom Standpunkt gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Italien und Österreich und im Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung für ein friedliches Zusammen-

leben der Volksgruppen in Südtirol durch ein zwischenstaatliches Abkommen gelöst werden. Zudem forderte die KPI die Landesregierung auf, jene Umstände zu überprüfen, welche die Südtiroler Studenten zwingt, das Land für ein Universitätsstudium zu verlassen.

Die KPI sieht demnach die Lösung der Gleichstellungsfrage einzig und allein in einem staatlichen Abkommen zwischen Italien und Österreich. Die spezifische Situation in Südtirol wird dabei übergangen und eine -- zumindest verbal -- gegenseitige gesamtstaatliche Gleichstellung der Italiener und Österreicher auf universitären Gebieten vorgeschlagen. Dies sind allerdings Überlegungen, die sich wohl kaum realisieren werden lassen, denn eine Öffnung der Universitäten in Österreich für sämtliche Studenten Italiens dürfte doch eher, auch bei einer Gegenseitigkeit, auf hartnäckigen Widerstand stoßen.

Die KPI warf zudem in ihrer Stellungnahme auch die Universitätsfrage wieder auf, die in diesem Zusammenhang sicherlich ein zentrales Argument in der gesamten Gleichstellungsproblematik darstellt. Nur hat man bei der KPI in diesem Falle den Eindruck, so banal das jetzt auch klingen mag, daß für sie die Errichtung einer Universität in Südtirol das Problem der Gleichstellung von selbst löse, denn wenn die Studenten an Lande selbst studieren könnten, seien sie nicht mehr gezwungen, ihr Studium an ausländischen Universitäten zu absolvieren. Dies allerdings ist eine Auffassung, die in keiner Weise geteilt werden kann und mit Entschiedenheit abgelehnt werden muß.

## Die Haltung der ÖVP und der SPÖ

Im österreichischen Nationalrat (Parlament) sind drei Parteien vertreten, die Sozialistische Partei, die Volkspartei und die Freiheitlichen. Die Sozialisten sind derzeit an der Regierung.

Die große Oppositionspartei, die ÖVP (in bezug auf das Gleichstellungsgesetz vor allem die Nordtiroler ÖVP) lehnt die Einbeziehung der italienischsprachigen Südtiroler kategorisch ab, wobei sich ihre ablehnenden Argumente mit denen der SVP ziemlich decken. Die Position der ÖVP gründet demnach auf der Auffassung, daß die Republik Österreich auf Grund des Pariser Vertrages vom 5. September 1946 eine Schutzfunktion nur für die deutschen Südtiroler eingeleistet sei, während die Schutzfunktion für die Ladinier nicht aus dem Pariser Vertrag, sondern aus bestimmten Passagen des Paketes abzuleiten sei.

Die SPÖ, zumindest der progressive Teil der Partei, vertritt die Auffassung, daß eine Einbeziehung auch der italienischsprachigen Südtiroler in die Gleichstellungsbestimmungen durchaus diskussionswürdig sei und sie eine derartige Lösung, von ihrem Stand-

punkt aus, auch in Betracht gezogen habe. Die offizielle Ablehnung der SPÖ gegen den Einbezug auch der Italiener wird von ihr mit objektiven Hindernissen begründet, die es ihr nicht erlauben, solche Überlegungen auch zu realisieren. Dabei zählt die SPÖ folgende auf:

Als Schutzmacht Südtirols vertritt Österreich, unabhängig vom Coleur der Regierung, jene Interessen Südtirols, die sich aus der demokratischen Mehrheit der Südtiroler ergeben. Überdies herrscht in Österreich der Grundsatz, daß die Außenpolitik auf dem Konsens aller im Nationalrat vertretenen Parteien zu beruhen habe.

Im Gleichstellungsgesetz sind zudem Verfassungsbestimmungen enthalten, welche einen Abgang bei der Verabschiedung, gleich welcher Partei, verunmöglichen, was deshalb auch näher dargelegt werden soll.

Österreichische Staatsbürger können in Österreich, wie in anderen Staaten auch, nur Staatsangestellte werden. Eine Ausnahme besteht nach Artikel 6, Absatz 4 B-VG (Bundesverfassung), der besagt, daß ein Ausländer mit Antritt eines öffentlichen Lehramtes an einer inländischen Hochschule (also in Österreich) automatisch die österreichische Staatsbürgerschaft erhält. Mit dem Gleichstellungsgesetz sind jetzt weitere verfassungsrechtliche Ausnahmen geschaffen worden, da nun Südtiroler auch außerordentliche Professoren, Dozenten und Assistenten werden können, ohne ihre italienische Staatsbürgerschaft zu verlieren.

Für Verfassungsbestimmungen bedarf es aber der Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Nationalrates und einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen. Die SPÖ benötigte deshalb den Konsens der ÖVP, der durch einen Kompromiß auch gefunden werden oder werden mußte.

Eine letzte, aber nicht unwesentliche Überlegung, welche die SPÖ anstellt, bezieht sich auf die Nationalratswahlen im Mai dieses Jahres. Südtirol ist nämlich immer noch ein nationales Anliegen und immer noch ein zugkräftiges Wahlargument. Alleingänge in Fragen, die Südtirol betreffen, könnten deshalb zu schwerwiegenden innenpolitischen Nachteilen führen.

## Und die Uni?

Das Gleichstellungsgesetz, das insbesondere den Hochschulbereich betrifft, ist sicherlich nicht nur zum „Schutz“ der Südtiroler verabschiedet worden, vielmehr stecken dabei handfeste Überlegungen dahinter, die sich unausweichlich mit der Universitätsfrage kreuzen.

Wir alle wissen, daß die SVP die Errichtung einer Universität in Südtirol ablehnt, dafür aber andauernd auf die „Landesuniversität“ Innsbruck hinweist. Dessen ungeachtet besteht auf Grund der spezifischen Situation Südtirols die Notwendigkeit, besondere



Studienrichtungen den Erfordernissen unseres Landes anzupassen. Für die Realisierung solcher Studienrichtungen und insbesondere für deren personelle Besetzung an Österreichs Universitäten bedarf es aber akademischer Kräfte aus Südtirol, zumal ein unbeschränkter Professoren Austausch mit italienischen Universitäten in Ermangelung einer gesetzlichen Grundlage (das Kulturabkommen zwischen Österreich und Italien auf sich warten) nicht möglich ist.

Überdies glaubt die SVP durch die Gleichstellung all jenen das Argument einer Universität in Bozen entgegen zu haben, die da behaupteten, es sei ihnen in Ermangelung eigener Strukturen eine akademische Laufbahn versperrt. So sehen heute die einen die Gefahr, die anderen die Chance für eine Universität in Südtirol in „weite Ferne gerückt“.

Die SH hatte sich mit diesen Hintergründen bereits vor einem Jahr auseinandergesetzt und die Gleichstellungsfrage auch in Zusammenhang mit der Universitätsproblematik in Südtirol durchdiskutiert. Dabei wurde die Auffassung vertreten, daß den oben angeführten negativen Argumenten für eine Universität kein Ausschließlichkeitswert beigemessen werden kann. In dieser Hinsicht bestand ja schon früher ein De-facto-Zustand, der jetzt nur noch legislativ ausgebaut wurde. Auch ist es fraglich, ob es innerhalb dieser potentiellen Belegschaft tatsächlich bereits einen Urdeherd gegeben hat.

Wer aber trotz allem nach wie vor der Meinung ist, daß für Südtirol bestimmte universitäre Strukturen notwendig sind, muß seine Argumentationsebene auf weit andere Schwerpunkte konzentrieren, obwohl man zugeben muß, daß die ungelöste rechtliche Frage einer akademischen Laufbahn an einer österreichischen Hochschule sicherlich ein Argument, vielleicht auch ein wichtiges, für eine Universität in Südtirol gewesen wäre, aber sicherlich nur eines unter vielen.

Überhaupt bin ich davon überzeugt, daß es kaum zu einer Lösung in der Universitätsfrage kommen wird, solange ausschließlich die SVP die Schlüsselrolle in dieser Problematik darstellt. Nur eine interitalienische Entwicklung auf dem Bildungssektor, wie etwa die Oberschul- und Universitätsreform, kann die Südtiroler Universitätsfrage wieder aktualisieren und einer Verwicklung näherbringen.

## **Gleichstellung: nur ein Element einer weitverzweigten Problematik**

In Südtirol leben heute nicht nur rein deutsch- und ladinischsprachige Südtiroler, sondern man muß sich einmal vor Augen halten, daß in etwa jeder zehnten Familie mit Kindern im Pflichtschulalter entweder der Vater oder die Mutter italienisch spricht, das heißt, jedes zehnte Kind entstammt einer Mischehe. Die Kinder

aus diesen Familien lernen zwei Sprachen und Kulturen, noch bevor sie in die Schule gehen.

Gerade für diese ergibt sich dann allerdings bei der Zugehörigkeitserklärung zu einer bestimmten Volksgruppe ein erster Konflikt. Sollten diese, bei denen ein Elternteil deutsch ist, keine Südtiroler mehr sein, weil sie sich zur italienischen Volksgruppe bekannt haben?

Kann jemandem, der in Südtirol geboren, aufgewachsen und zur Schule gegangen ist, dessen Eltern, dessen Großeltern etwa, schon in Südtirol ansässig waren, abgesprochen werden Südtiroler zu sein?

Man muß deshalb befürchten, daß es bei der derzeitigen Definition „Südtiroler“ wie sie im Gesetz verankert wurde, tatsächlich zu einer Diskriminierung kommen kann, da diese Definition, die der tatsächlichen ethnischen Situation in Südtirol nicht entspricht, die Einwohner der Provinz Bozen kategorisch in Südtiroler und Nicht-Südtiroler teilt.

Es gibt heute schon eine große Anzahl von Oberschülern, die sich zur italienischen Sprachgruppe bekennen, aber von Anfang an deutsche Schulen besuchen und an einer solchen dann auch maturieren. Soll man diesen, nur weil sie eben Nicht-Südtiroler sind, die Möglichkeit versperren, an einer österreichischen Hochschule zu studieren?

Die skizzierten Fälle zeigen, daß die Problematik vielschichtig ist und daß diese Fragen weit über eine rechtliche Interpretation des Pariser Vertrages hinausgehen.

Bei der Diskussion um die Gleichstellung tauchte immer wieder die Frage auf, wer die Italiener überhaupt gefragt habe, ob sie in diese Gleichstellung miteinbezogen werden wollten, zumal von ihrer Seite niemand diese Forderung erhoben habe, vielmehr diese Initiative nur von deutscher Seite ausgegangen sei.

Die Beantwortung dieser Frage macht einmal mehr deutlich, wieweit eine dreißigjährige strikte ethnische Trennung, die ursprünglich sicherlich für den Schutz der zentralen Interessen der Volksgruppe berechtigt und notwendig war, die Sensibilität für Nationalitätenfragen und -probleme herabgesetzt hat.

Die Erklärung, warum keine repräsentative Kraft aus der italienischen Volksgruppe die Forderung nach Einbeziehung auch der italienischsprachigen Südtiroler in die Gleichstellungsbestimmungen erhoben hat, ist somit eng mit der politischen Realität der lokalen italienischen Parteien verbunden.

Die konservativen Parteien, allen voran natürlich die DC, haben ebenso wenig wie die SVP ein Interesse an einer Auflockerung der ethnischen Barrieren, zumal gerade die DC die Funktion eines Sammelblockes auf italienischer Seite zum Schutze der ethnischen Interessen der Italiener in Südtirol mit nationalistischen For-

meln propagiert. Sie scheidet deshalb als Sprachrohr für die Forderung der Gleichstellung auch der Italiener von vornherein aus.

Unter den Linksparteien hätte man allerdings vermuten können, daß sie sich der Forderung und dem Wunsche ihrer Basis anschließen würden. Dem war allerdings nicht so. Dabei zeigt sich einmal mehr, daß die Linksparteien in Südtirol, insbesondere auch die „interethnischen“, in ethnischen Fragen überaus unsicher sind und in Ermangelung eigener Konzepte immer mehr in den Sog bürgerlicher Auffassungen in dieser Materie geraten. Oft hat es auch den Anschein, daß aus einer Parteiloyalität heraus in problematischen ethnischen Fragen keine klare Stellung bezogen wird, um dem Vorwurf der konservativen Parteien zu entgehen. Deshalb stimmt man mit letzteren lieber überein oder man schweigt sich überhaupt aus, wie dies bei der Gleichstellungsfrage vielfach der Fall war.

Wenn aber etablierte Parteien bestimmte Dinge nicht aufgreifen, heißt das noch lange nicht, daß ein Problem nicht existiert und daß sich die Basis nicht mit demselben auseinandersetzt. In der Gleichstellungsfrage konnte man nämlich klar und deutlich den Wunsch und das Bedürfnis einer breiten Basis erkennen, insbesondere unter den italienischsprachigen Studenten, in diese Gleichstellung miteinbezogen zu werden.

## **Wie geht es weiter?**

Die SH hat die Verabschiedung des sogenannten „Gleichstellungsgesetzes“ grundsätzlich begrüßt. Doch kann die Problematik durch den parlamentarischen Akt des österreichischen Nationalrates nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Es gilt auch nicht, eine einmal bezogene Position weiterhin nur darauf zu vertreten, um als aufrechtes Pflücker dazustehen und womöglich als solches auch unterzugehen. Vielmehr hat die Gleichstellungsfrage gezeigt, daß die SH mit ihren Vorstellungen nicht alleine dasteht. Die Solidarisierung der österreichischen Hochschülerschaft mit den Forderungen der SH sowie jene seitens namhafter Persönlichkeiten Österreichs läßt erkennen, daß eine große Bereitschaft besteht, über diese Thematik auch weiterhin zu diskutieren.

Nach wie vor soll deshalb in Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Kräften des In- und Auslandes versucht werden, diese Frage einer unserer Meinungen nach positiven Lösung zuzuführen.

Die gemachten Erfahrungen setzen aber auch voraus, daß die Frage nach einem friedlichen Zusammenleben der Volksgruppen, die Überwindung ethnischer Schranken und der Beginn eines konkreten und fruchtbaren Kulturaustausches zwischen der deutschen und der italienischen Volksgruppe in Südtirol einer erneuten Analyse unterzogen wird.

# Medienpluralismus und Demokratie

Am 7. Dezember 1978 sprach DDR-GÜNTHER NENNING auf Einladung der Städtischer Hochschülerschaft über alternative Medien. Da im Referat zahlreiche wichtige Erfahrungen, Erkenntnisse und Anregungen über das Pressewesen enthalten sind, veröffentlichen wir das Tenbandprotokoll dieser Rede.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde!

Es ist schwierig, eine Einleitung zu einer Diskussion zu geben, wenn man sich in der lokalen Szene überhaupt nicht auskennt. Vielleicht ist es in einer Diskussion über alternative Medien wichtig, die Situation aufzuzeigen, die den Ruf nach diesem, wie immer laut oder schwach er erschallt, laut werden läßt.

Lange Zeit ist die Presse in der wissenschaftlichen Kritik ausgespart geblieben. Jetzt hat sie eingesetzt und heute weiß man, was an der Presse faul ist. Diese wissenschaftliche Kritik brachte es mit sich, daß der Ruf nach Alternativen nicht mehr zur Gänze den schlechten Geschmack nach Ultralinken, Ultraradikalem hat. Zunächst hat es sich herausgestellt, daß man Zeitungen für sich überhaupt nicht richtig betrachten kann, wenn man sie nicht beim Wort nimmt. Sie sind Medien, und Medien sind Mittler; von solchen weiß man überhaupt nichts, wenn nicht bekannt ist, wer dahinter steht und an wen sie sich richten. Stellt man die Frage nach den Hintermännern und nach dem Publikum — den Rezipienten —, dann kann man dieses ganze System am besten verstehen, wenn man sagt, die Medien vermitteln das, was Gramsci die bürgerliche Hegemonie genannt hat. Denn dieses primitive System, wie es einmal war — wenn die Leute keine Ruhe geben, so haut ihnen die Polizei eins über den Schädel — haben wir ja nirgendwo mehr, sondern statt dessen gewisse Formen von Demokratie. An die Stelle der Polizei ist das getreten, was man eine „Gedankenpolizei“ nennen kann. Eine Hauptfunktion oder vielleicht die wesentliche Funktion der bestehenden Medien ist die Aufgabe der Gedankenpolizei, das heißt Ruhe und Ordnung zu halten, dort wo es am wichtigsten ist, in den Köpfen.

Das ist eine genaue Umkehrung dessen, was bürgerliche Presse oder bürgerliche Medien einstmals waren. Diese waren zunächst einmal Angriffswaffen gegen den totalen Staat, revolutionäre Einrichtungen, die ausgegangen sind auf eine prinzipielle Kritik alles Bestehenden. Damals waren, wenn man so will, die bürgerlichen Zeitungen Alternativpresse. Sie waren nämlich die Alternative zum damaligen bestehenden totalitären System, dem absolutistischen Feudalstaat. Heute sind sie quasi das Gegenteil, das ist von der Interessenslage her nicht schwer zu verstehen. Ein Bürgertum, das um seine Macht kämpft und erst die feudalistischen Machthaber beseitigen muß,

ist ein anderes Bürgertum als jenes, das bereits im Besitz der Macht ist. Denn es sind unterdessen andere Schichten und Klassen nachgerückt, von denen es sich — hoffentlich zu Recht — bedroht fühlt. Das ist sozusagen der historische Hintergrund dafür, daß man heute wieder von Alternativpresse spricht.

Daß die bürgerliche Presse das, was sie in ihrer Sündenjugendblüte war, nicht mehr ist und nicht mehr sein kann, ist ja nichts Kriminelles. Wenn jemand davon aus geht, daß das jetzt geschaffene System, die parlamentarische Demokratie, gut ist, dann kann er nicht sozusagen aus Prinzip dagegen sein, sondern wird eine Zeitung machen, die letztlich staatsrein ist. Jetzt wird man sagen: „Ist ja gar nicht wahr, man lese doch, wie kritisiert wird, und das steht ja auch in der Zeitung...“ Selbst Zeitungen als solche nehmen für sich in Anspruch, so etwas wie eine kritische Funktion, eine Kontrollfunktion auszuüben. „Was heißt denn da, sie sind staatserehaltend?“ Diese Funktion der Kontrolle der heutigen bürgerlichen Presse wurde besonders in den fünfziger Jahren hervorgehoben, wo es hieß, die Zeitungen seien die vierte Gewalt im Staate — neben Parlament, Regierung und Gerichtsbarkeit. Es stimmt auch, daß diese letztlich staatserehaltende Presse auch kritische, kontrollierende Funktionen ausübt, aber es ist sozusagen Mängelkritik an dem Fehlern eines Systems, zu dem man grundsätzlich positiv steht. Will man es böse formulieren, kann man feststellen, daß die Medien — soweit es große Medien sind — im Osten wie im Westen staatsrein sind. Wenn ich mit einem sowjetischen Kollegen diskutiere, so sagt der: „ja natürlich kritisieren wir, falls in einem Betrieb etwas nicht in Ordnung ist, falls ein Direktor nicht funktioniert usw.“ Schon wir einmal von den Unterschieden, die wesentlich sind, ab, um das Problem klar vor uns zu sehen, so haben wir eine Presse, die prinzipielle Kritik, nämlich solche Kritik, die ein Gesellschafts- oder Staatssystem beseitigen will, nicht mehr übt. Dies ist der historische Ursprung dafür, daß die Frage nach der Alternativpresse aufgetaucht ist.

Das Ganze hat auch einen ökonomischen Hintergrund, der sehr wichtig ist. Wenn die Medien eine so wichtige Funktion ausüben wie die der Gedankenpolizei, so ist es auch klar, daß die Gedankenpolizei in den richtigen Händen sein muß. Dies wird erreicht durch eine auf den ersten Blick absurde, unlogische Verbindung von Pressefreiheit und privatem Wirtschaftsbe-

trieb. Hier liegt eine grundlegende Schizophrenie: die Verbindung zwischen Träger der Pressefreiheit — etwas Hohem, Heiligem, Wichtigem und entscheidend Demokratischem — und wirtschaftlichem Unternehmer — aufgebaut auf dem Gesetz aller wirtschaftlichen Unternehmen, nämlich Gewinn abzuwerfen. Hier lassen sich gewiß nicht alle Zeitungen über einen Leisten schlagen, aber die großen Medien sind gewinnbringende Unternehmen. Damit ist eigentlich die Frage nach den richtigen Händen schon beantwortet. Die Presse ist auf diese Weise nicht die Freiheit eines jeden Bürgers, sondern wird vor diesem ökonomischen Hintergrund zu einer Privilegienfreiheit. Darin liegt der ganz wichtige Unterschied zwischen Meinungsfreiheit und Pressefreiheit. Meinungsfreiheit bedeutet, meine Meinung kundtun zu können. Pressefreiheit ist auch private Meinungsfreiheit, aber — je nach Auflage — vertausend- bis vermillionenfach und mit einer ungeheuren Kapitalmacht hinter sich. Vergleiche ich dann meine private Meinungsfreiheit mit der eines Medienbesitzers, so kann ich nur sagen: Beldes probiert, kein Vergleich. Es ist ein Privilegium, denn jeder darf ein Medium „veranstalten“, sofern er zur genug Geld hat bzw. hinter ihm genügend Geld steht. Daß auf diese Weise natürlich auch in einer halbwegs funktionierenden Demokratie die Frage nach alternativen Medien auftaucht, ist klar.

Zur Ökonomie ist dann noch anzumerken, daß ein Medienbetrieb doppelt abgesichert ist durch etwas, das in der blühenden Privatwirtschaft einmalig ist. Sie sind nämlich gewinnbringende und zugleich subventionierte Betriebe. Bei einem funktionierenden Presseunternehmen gilt ungefähr folgende Aufteilung: 70 Prozent zahlt die werbungstreibende Wirtschaft, und eine Art Unkostenbeitrag in der Größe zwischen 20 und 30 Prozent zahlt der Leser. In manchen Ländern, wo dies alles noch nicht reicht, gibt es außerdem noch staatliche Mittel dazu. Dies alles unter einem durchaus diskutablen Titel, daß man auf diese Weise die privatwirtschaftlichen Gesetze der Konzentration des Kapitals auf dem Pressesektor verhindern will. Also wenn man nicht aufpaßt, bleibt nur mehr eine Zeitung übrig, wobei dieser Prozeß auf regionaler Ebene bereits Wirklichkeit ist. Regionalmonopole sind aber die gefährlichsten, sie reichen nämlich herunter bis in die einzelnen Gemeinden und Betriebe. Hier kommt dann der Begriff aus dem römischen Recht zum Tragen, der lautet „quod non est in scripto, non est in munde“. Was z.B. nicht in der Tiroler Tageszeitung steht, ist nicht passiert in Tirol. Von daher ergibt es sich natürlich, wie gefährlich solche Dinge sind, selbst bei allem Bemühen von Leuten, die bei solchen Zeitungen arbeiten, über alles berichten zu wollen. Der Hintergrund der ständig zunehmenden Konzentration, und das

ist auch sehr wichtig für das Bestehen von Alternativmedien, ist die ständige technische Revolutionierung. Früher war Papier billig, das Druckereiwesen kaum entwickelt; Karl Marx brauchte nur unter verblendetem rheinischen Industriellen ein paar Taler sammeln, und schon konnte er eine eigene -- revolutionäre -- Zeitung herausgeben. Das ist heute vollkommen anders. Eine große Zeitung zu produzieren erfordert einen ungeheuren technischen und elektronischen Aufwand, und da setzt der Hebel der Konzentration ja an. Je technisierter ein Betrieb ist, desto eher überwindet er den anderen. Die neue Technologie -- Fotosatz, sehr schnell laufende Offsetmaschinen usw. -- bewirkt einen zusätzlichen Konzentrationsgrad.

Nur wollen wir aber näher eingehen auf das Problem Alternativpresse. Wir können davon ausgehen, daß eine moderne parlamentarische Demokratie in Europa, wieviel Parteien sie auch immer haben mag, im wesentlichen doch von zwei großen gesellschaftlichen Kräften beherrscht oder getragen wird. Das sind auf der einen Seite die bürgerlichen Strömungen, auf der anderen die diversen Arbeiterbewegungen, Sozialismus, Kommunismus -- je nach Land. Und da verzeichnen wir die sehr eigentümliche Erscheinung,

daß sich diese beiden Kräfte in mancher Hinsicht -- man kann dies je nach Gestaltung für einen Fortschritt halten oder für beklagenswert -- einigermaßen die Waage halten. Österreich ist ein Land, wo das umgekehrte entwickelt ist; in fast allem und jedem, in Politik und Ökonomie wiegen diese beiden Kräfte einander auf. Italien ist ein Land, in dem man sich in einem mühevollen Prozeß diesem Zustand immer mehr nähert. Meine These ist jetzt, daß in Politik und Wirtschaft -- denken Sie an die verstaatlichten Betriebe und die personelle Besetzung derselben -- diese Balance der Kräfte viel besser hergestellt ist als im Medienwesen. Dort gibt es ein totales Übergewicht der bürgerlichen Seite -- um es ein bißchen historisierend zu formulieren, eben das, was Gramsci die bürgerliche Hegemonie nennt. Wir haben also in der modernen Demokratie zwei Kräfte, die sich, weil sie einander nicht umbringen können, gegenseitig die Waage halten. Daraus resultiert eine Art Pakt. Alles was es in diesem Staat und in dieser Gesellschaft gibt, teilen wir uns so ungefähr auf, je nachdem wie wir es hinkriegen. Nur hat dieser Pakt ein Kodizill, einen geheimen Anhang, wo steht, dieses Gleichgewicht gilt nur unter einer Voraussetzung: näm-

lich, daß es in den Köpfen nicht so ist, daß dort die bürgerliche Herrschaft unangefastet bleibt. Dies ist für mich -- sehr vereinfacht und auch diskutabel -- der historische Hintergrund für die heutige Situation im Medienwesen. Parteizeitungen und Zeitungen der Arbeiterbewegung gibt es gerade nur solange als die volle Integration in dieses System des Freundschaftspaktes oder der friedlichen Koexistenz und Kooperation noch nicht zustandekommen ist. In Ländern wie Italien und Frankreich gibt es daher noch immer kommunistische und sozialistische Tageszeitungen, in der BRD gibt es sie schon lange nicht mehr, ebenso in Großbritannien. Mit der Integration der Arbeiterbewegung in dieses parlamentarische System starben diese wenigen Medien, die keine Wirtschaftsbetriebe waren, sondern von den Anhängern der betreffenden Bewegung finanziert wurden, aus. Mit der Erreichung des ersten historischen Ziels der Arbeiterbewegung, gleich zu sein mit den Bürgern, einem sehr berechtigten und vernünftigen Ziel für jene Millionen, die unter diesem Standard leben mußten, stirbt das, was die Alternativpresse der Arbeiterbewegung war, ab. Darin verschärft sich die Situation auf dem Mediensektor.

Allerdings beginnt die Situation sich allmählich zu ändern. Am ehesten im elektronischen Bereich wird es sichtbar, daß jenes geheime Kodizill zum Pakt nicht mehr ganz gültig ist. „Facta sunt servanda“, das heißt ein geschlossener Pakt muß eingehalten werden, aber nur „rebus sic stantibus“, wenn also die Dinge gleich bleiben. Ändern sich diese, so nützt alles Papier nichts, die Dinge müssen der veränderten Lage angepaßt werden. Das Aufteilungssystem der Redakteurs- und Aufsichtsposten nach politischen Parteien in der RAF kommt der oben erwähnten Balance in anderen Bereichen schon näher. Ein solches System ist zwar nicht effizient, aber Aufgabe von Machtapparaten ist es ja nicht, effizient zu sein, sondern einfach Machtapparat. Kurz gesagt, dort wo es nicht um große Kapitalien geht, weil es staatliche Betriebe sind, beginnt sich sozusagen dieses Pakt aufzulösen. Und damit sind wir beim Problem der eigentlichen Alternativpresse. Wie kann es in einer solchen Situation gelingen, etwas aufzubauen, was das Gegenbild der bestehenden Presse ist. Es gilt also Pressefreiheit so zu verallgemeinern, daß es eben nicht das Privilegierecht von Besitzern großer Kapitalien ist. Kann es gelingen, solche Medien so zu betreiben, daß sie nicht subventioniert werden müssen, sondern daß der Benützer sie zahlt, was bei einer normalen Zeitung eine Verdrei- bis Vervielfachung des Preises bedeuten würde.

Damit möchte ich aufhören. Ich sehe das als die Problemstellung an und weiß keine Antwort darauf, freue mich aber über jedes alternative Medium, das auftritt.

### Wettbewerb für ein zeitgemäßes Passionsspiel

Es soll die theologische Sicht und die dramaturgischen Erkenntnisse der Gegenwart berücksichtigen, aber auch an die Tiroler Tradition anknüpfen, sich für eine Freilichtaufführung im ländlichen Raum eignen und abendfüllend sein.

Der Spieltext, mit Kennwort versehen, maschinengeschrieben und in vierfacher Ausführung, muß anonym durch die Post eingesandt werden, und zwar an: Sekretariat des Südtiroler Künstlerbundes, 39100 Bozen, Haus der Kultur, Walther von der Vogelweide. Eventuelle Auskunft erteilt Dr. Alfred Gruber, Johannastr. 39019 Dorf Tirol, Tel. (0473) 93323. Termin: 1. Juli 1979.

Der Briefumschlag mit dem Text soll auf dem Rücken mit dem Kennwort und dem Vermerk „Passionsspielwettbewerb“ versehen sein und ebenso einen Umschlag enthalten, der seinerseits Name und Anschrift, Geburtsort und Geburtsdatum des Einsenders enthalten soll.

#### PREISE:

1. Preis: 500.000 Lire;
2. Preis: 300.000 Lire;
3. Preis: 200.000 Lire.

Zwei Sonderpreise zu je 100.000 Lire. Alle Rechte verbleiben dem Autor. Es besteht der Plan, das beste Stück zur Aufführung zu bringen.

PASSIONSSPIELKREIS KURTATSCH  
KREIS FÜR LITERATUR IM SÜDTIROLER KÜNSTLERBUND  
BUND SÜDTIROLER VOLKSBOHNERN

## Leserbriefe

In der Hoffnung, daß der „Jahrende Skotast“, der bei seiner letzten Fahrt von einer Frau Lockfilmarzin geführt worden war, auch andersonkennde Hochschüler wenigstens kurz zu Wort kommen läßt, erlaube ich mir auf einige grobe Entgleisungen in der letzten „Frauennummer“ hinzuweisen: als „gesellschafts- und frauenbeherrschender“ Hochschüler möchte ich doch zuerst positiv hervorheben, daß man sich mehr unbewußt als bewußt ganz im Sinne des Jahresthemas 1978/79 unserer Diözese (Ehe und Familie) mit dem gesellschaftlich wie auch menschlich wichtigen Themenkreis der Frau beschäftigt hat. Die Art und Weise sowie das Niveau, mit welchem jedenfalls teilweise diese Thematik in Regie und Ausführung behandelt wurde, ist nicht nur ein Hohn auf die Zeitschrift der SH, sondern wohl auch eine beleidigende Unterstellung für jede weibliche Person. Dies trifft vor allem für den Artikel „Die Frau in einer vom Mann beherrschten Gesellschaft“ (M. Gasser) und für die Glosse „Frau sein in Südtirol“ (Gretchen) zu; es wäre auf jeden Fall der Mühe und Zeit nicht wert, auf die sinnlosen Klischeevorstellungen und die utopischen Übertreibungen genannter Autoren einzugehen. Dem Fräulein Gasser kann jedoch versichert werden, daß die meisten Eltern ihre Töchter ebensogut bzw. ebensoschlecht erziehen wie ihre Söhne, daß auch Männer bisweilen „ihren Körper den Ärzten überlassen“, daß es heute bereits viel phantasiereicher Mädchen gibt, die viel, viel mehr als nur Puppenspiele kennen... Dem kritischen Gretchen sei für seine eventuellen weiteren Glossen wärmstens empfohlen, weder die Muttergottes noch die heilige Tradition des Himmels zu Gegenständen des Spottes zu wählen, besonders dann nicht, wenn es selbst dazu keinen Bezug — höchstens ein schlechtes Gewissen — hat. Den Pressereferenten ist eine einseitige Ausrichtung in dieser Thematik nicht abzuerkennen; denn das Frauenproblem in Südtirol nur von der Seite der Abtreibung und der emanzipatorischen Bewegungen her zu beleuchten, erscheint mir beim besten Willen eine einseitige Schau. Aber vielleicht ist es wirklich vorzuziehen, wenn man — typisch männlich — einen Weißblick auch zum Thema der Frau erwartet, ist doch diese kein Objekt in den Händen der Männer“ und „fehlt ihr doch Individualität und Eigenleben“ (Zitate)? So billig und für so einfältig sollte man die arbeitenden und studierenden Kolleginnen nicht verkaufen! Denn aus dem effektiv gegebenen Frauenproblem ein Sklavenproblem zu machen, kommt einem Import von Elefanten in einem Vogelkäfig gleich. In der Darstellung dieses Themenkreises (eine Ausnahme bildete die beruflich-soziale Betrachtung) hat

der „Skotast“ wieder einmal angedeutet, daß er immer weniger den immer mehr werdenden Hochschülern ein pluralistisches Meinungsforum sein kann, wie es seine Aufgabe wäre.

Die Kritik will sich nicht als personale (an Autoren) sondern als formalinhaltliche Kritik verstanden wissen. In diesem Sinne hoffe ich auf Veröffentlichung dieses Beitrages und zeichne hochachtungsvoll

Hans Clementi

Die Rückseite nicht vergessen!

Es ist sicher ein lobenswertes Unternehmen, eine Nummer des „Skotast“ Frauenproblemen zu widmen. Allerdings zeigt die Artikelserie nur eine Sichtweise auf. Um auch die andere Seite in diesem Rahmen zumindest zu einem Thema darzulegen und um dadurch zu einer wirklichen Diskussion beizutragen, darf ich meine Überlegungen vorbringen.

Es wird oft behauptet, bewußtes menschliches Leben habe höhere Werte als unbewußtes. Dieser Maßstab kann in der Tat bedeutend sein, wenn ein Menschenleben gegen ein anderes steht. Wenn man gezwungen ist zu entscheiden, ein Menschenleben zugunsten eines anderen zu opfern, so muß man folgerichtig das Leben der Mutter vor das des ungeborenen Kindes stellen. Daraus darf man allerdings keineswegs ableiten, nichtbewußtes menschliches Leben auch anderen Werten gegenüber als minderwertig anzusehen, z. B. auf Kosten einer falsch verstandenen Freiheit. Freiheit ist nämlich nur aus einer Selbstbeschränkung heraus möglich und darf nicht auf Kosten anderer verwirklicht werden. Welche Konsequenzen würde es mit sich bringen, wenn wir unbewußtes menschliches Leben anderen Kriterien unterordnen, wie etwa bei Geisteskranken oder Zurückgebliebenen? Welche Folgen hätte dies für das christliche Bekenntnis der grundsätzlichen Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen?

Wer das italienische Gesetz über die Abtreibung als Ganzes anerkennt, läuft Gefahr für eine allfällige Rechtfertigung der Euthanasie mitverantwortlich zu sein.

Es wird meist als äußerst positiv angesehen, daß die Frau selbst entscheiden kann, ob sie nun abtreiben will oder nicht. Was dabei nicht beachtet wird, ist folgendes:

In den letzten Jahren haben die Schwangerschaftsabbrüche in der westlichen Welt in einem Ausmaße zugenommen, der man nicht für möglich hielt. In Dänemark stiegen z. B. ein Jahr nach der Einführung der sogenannten Selbstbestimmung die Abtreibungen in einigen Krankenhäusern um 70 Prozent an, obwohl die vorher geltenden Gesetze schon

großzügig waren (vgl. Per Lönnung, Abtreibung Testfall der Sozialethik, Gießen 1976, 28).

Dies, obwohl der Wohlstand und die sozialen Bedingungen ein höheres Niveau erreichten, die Sexualerziehung immer mehr vorangetrieben wurde und ein freier Zugang zu empfängnisverhütenden Mitteln gewährleistet war.

Warum geschah es dennoch?

Es besteht ohne Zweifel ein Konflikt für die Frau, weil ihr die Abtreibung als Möglichkeit geradezu aufgezwungen wird, entweder durch eigenen bewußten Wunsch oder durch den Druck, der in ihrer gesellschaftlichen Umgebung entstanden ist. So wird die schwangere Frau — ein Mensch in sensibilisiertem Zustand — allen nur erdenklichen Konflikten und Zwängen ausgesetzt. Dabei hat jede Frau, die ein Kind erwartet, das Recht, daß es in der Gesellschaft für die es bestimmt ist, willkommen geheißen wird.

Die Verzweiflung über eine unerwünschte Schwangerschaft entsteht meist aus dem Gefühl heraus, die eigene gesellschaftliche Situation nicht mehr in der Hand zu haben. Das entstehende Leben gefährdet Pläne und bringt sonstige Komplikationen mit sich, mit denen nicht gerechnet wurde und die folglich nicht wünschenswert sind.

Es gibt wirklich Fälle, wo gewisse Probleme auch nach ernsthafter Prüfung bestehen bleiben, aber da kann man sich nicht damit begnügen, das Kind zu beseitigen. Beseitigt werden müssen die bestehenden Schwierigkeiten z. B. durch: Schaffung einer familien- und kinderfreundlichen Atmosphäre, Unterstützung kinderreicher Familien in Notfällen, Einsatz für eine familiengerechte Wohnbeihilfe und menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Verständnis und Hilfsbereitschaft für die ledigen Mütter, Hilfsstellen für soziale und moralische Not von Ehefrauen und Müttern, Hinführung zu verantworteter Elternschaft und Familienplanung.

(Vgl. Joseph Gargitror, Bischof: Zur Verteidigung des Lebens, in: Bischof Dr. Joseph Gargitror zu sozialpolitischen Fragen in Südtirol, hg.: KHS, Bozen 1978, 149/150).

In einer erstaunlich großen Zahl von Fällen stellen diese Komplikationen auch nach objektiver Prüfung keine Gefährdung der gesellschaftlichen Existenz dar. Die Verzweiflung über die Nichterfüllbarkeit eigener Pläne wird als so gravierend angesehen, daß ein Menschenleben dafür geopfert wird.

Mit dieser Einstellung, das heißt mit dem Egoismus, der Bequemlichkeit und dem Materialismus der Menschen von heute rechnen die Befürworter der Abtreibung. Durch die Freigabe der Abtreibung bis zum dritten Monat suchten und suchen diese, jene für sich zu gewinnen.

Dabei wurde Grundsätzliches übersehen:

Aufgabe des Staates ist ganz allgemein das Gemeinwohl und dazu steht Tötung von Wehrlosen und Unschuldigen im krassen Widerspruch. Ein Staat, der solche Maßnahmen festlegt, setzt sich bewußt ins Unrecht, denn er überschreitet seine Zuständigkeit.

Die Gesellschaft steht erschrocken vor der Gewalt, Brutalität und auch vor den Folgen der Umweltverschmutzung. Dies mit gutem Recht, allerdings muß sie genauso erschrocken vor der Willkür der Abtreibung stehen.

Aus dem Dargestellten folgt:

1. Unbewußtes menschliches Leben hat nur dann einen niedrigeren Wert, wenn es auf Kosten eines bewußten geht.

2. Die Selbstbestimmung der Frau führt noch zu größerer Abhängigkeit.

3. Wenn es Probleme gibt, müssen diese beseitigt werden und nicht das Kind.

4. Die Abtreibung bedeutet nicht mehr Freiheit, sondern mehr Egoismus und Willkür gegen Wehrlose.

*Martha Stocker*

Der Skolast hat es schon des Öfteren mit den verschiedensten Rahmentheorien versucht. In seiner ganzen Aktualität widmet er nun in seiner letzten Ausgabe den Frauen seine Aufmerksamkeit. Ein löblicher Versuch, wenn nicht mit der gleichen Logik an das Problem herangegangen worden wäre, wie an irgend ein anderes soziales oder kulturelles Problem (z. B. Universität, Bibliotheken...). Frauen sind nun mal ein Teil der Gesellschaft (wenn auch zum Großteil nur passiv) und kein gesellschaftliches Phänomen und somit anders zu werten.

Bevormundung scheint in Südtirol Tradition zu haben und vor allem Frauen waren schon immer besonders davon betroffen, auch der Skolast bringt dies nun wieder zum Ausdruck. Lidia Menapace mag durchaus repräsentativ sein für die italienische Frauenbewegung und kompetent für Fragen: „Was ist also diese Frauenbewegung? Gibt es eine einheitliche Definition? Wie geht es der Frauenbewegung heute?“ Jedoch sind wir der Meinung, daß es vielleicht aufschlußreicher gewesen wäre, auch die Betroffenen selbst zu befragen, eine Bäuerin, eine Saisonarbeiterin, eine Hausfrau über ihre spezifische Situationen erzählen zu lassen. Dies hätte eher einen Einblick vermittelt, nämlich wie weit es in Südtirol mit der Gleichstellung der Frau ist und wie weit das Bewußtsein vorgeschritten ist, daß die Gleichstellung bei den Frauen selbst als Bedürfnis empfunden wird. Wir sind der Meinung, daß es nicht genügt, das Thema in einer Skolastnummer aufzuwerfen und dann zu glauben, dem Ganzen Genüge getan zu haben, deshalb sollte die Diskussion zur spezifischen Situation der Frau unbedingt fortgesetzt werden.

*Bernadetta Moser  
Margareth Stocker*

Peter Giscornuzzi

## Literarisch tätig sein

Das Wort literarisch setzt sich zusammen aus LITER (wie 1 LITER Wein, 2 LITER Weinen usw.) und ARISCH. ARISCH entstammt der süd-tiroler Dichtersprache des frühen Mittelalters, man erinnere sich hier an Walther mit der Harfe und in besonderem Maße an Oswald dem Zweifeltigen; zweifeltig deshalb, weil er, wie aus damaligen Freundeskreisen des Dichters bekannt wurde, niemals den Blick seinem Wiesawie aufrecht und ähnlich anbot, sondern den Partner immer das Gefühl einer gläsernen zyklonigen Kälte verspüren ließ, diese beiden Männer (Burschen) (und noch andere mehr wie z. B. vor wenigen Jahren H. P. aus L. oder auch Herr X aus B.) gebrauchten sehr oft das Verbun composi?? das Verbuncomialio (hörbares Räuspern) verbrrrrbbbaunummmccmmmsio ARISCH, das oft eben auch als Erklärung, als SPIEGATIO sozusagen für adler verwendet wurde, das lautete dann so: AR ISCH ein adler, (die Tradition dieser Gleichung wurde noch vor wenigen Jahrzehnten in Deutschland bei den ADLERwerken (Produktion von Nähmaschinen, Nähfäden, Nähfädenleuten) gepflegt, wo es nun aber nicht mehr hieß AR ISCH adler sondern gewissermaßen umgekehrt contra logicio infirmo, es hieß jetzt ADLER ist arisch), übrigens könnte man auch bei uns in Südtirol solche Gleichungen noch finden; ich verwende hier ausdrücklich den Konjunktiv weil sich die folgende Behauptung zwar praktisch durchaus halten ließe  
hielten lasse  
sie aber theoretisch undenkbar ist  
z. B. a moon isch arisch, also ein

mann ist arisch, d. h. AMONN isch arisch war wäre ist gewesen durchaus denkbar so, aber... AMONN isch ja a Jud. Soweit zur Wortdefinition von LITER ARISCH.

Wenn ich hier etwas ausführlicher auf die Begriffsklärung eingegangen bin, so nur deshalb, damit Sie begreifen können, wer in Südtirol literarisch tätig ist.

FÜR ERICH KOFLER  
AUS: BEKENNTNISSE 1940

Dann soll der Ruf, den wir  
im Herzen tragen  
aus tausend Mündern siegreich  
auferstehen,  
soll gleich der Fahne, für die  
wir uns schlagen  
im Siegesrausch vor unsrer  
Reihen wehen:

DEUTSCHLAND!

in heldischer Größe bewähre  
das Herz sich, den Akten gleich,  
im Kampf um die deutsche Ehre,  
im Glauben an Führer und Reich!

Und sie sind gekommen, oh Erich  
und überschweben dein Land.  
Reich sind sie fast alle und jeder  
den Führer vom Springer Versand.

Doch ach wie erbärmlich steht's doch  
auf unsrer deutsche Ehr  
die Männer, die fressen Spagetti  
die Weiber die bumsen am Meer.

Oh Deutschland, oh Erich  
Zieht wieder dahin  
zu göttliche Metaphysiken  
ich möchte so gern  
zücken mein Messer und  
Arierblut trinken.

## STAATSPRÜFUNGEN 1979

Am 23. April bzw. am 19. November 1979 beginnt die erste bzw. zweite Session der Staatsprüfung 1979 (Esami di Stato di abilitazione all'esercizio professionale). Die Gesuche um Teilnahme sind innerhalb 17. März bzw. 20. Oktober 1979 an die gewünschte Universität einzureichen.

Dem Gesuch sind folgende Dokumente beizufügen:

- Original-Diplom oder notariell beglaubigte Kopie;
- Bescheinigung der Universität, an der das Doktorat erreicht wurde, daß der Kandidat noch nie zur Staatsprüfung angetreten ist;
- Einzahlungsbescheinigung der Prüfungsgebühren in Höhe von 6.000 Lire;
- Einzahlungsbescheinigung über den Betrag von 3.000 Lire, der an das Ökonomet der Universität einzuzahlen ist.

Kandidaten für die Staatsprüfung in Medizin und Veterinärmedizin müssen außerdem eine Bestätigung über die angelegte Praxis (Urocinio) beilegen.

An folgenden Universitäten kann die Staatsprüfung in deutscher Sprache abgelegt werden:

- Handelwissenschaften und Architektur: Venedig
- Versicherungsmathematik und Statistik: Rom
- Land- und Forstwirtschaft: Florenz
- Medizin, Chemie, Pharmazie, Technik und Veterinärmedizin: Bologna.

Die genaue Ausschreibung (Amtsblatt der Republik Nr. 343 vom 9.12.1978) kann im Sekretariat der Südtiroler Hochschülerenschaft in Bozen eingesehen werden.

## Kleinerer Versuch über Schmutz oder Wie halte ich meinen Steingarten sauber?

1. Schmutz und Sauberkeit und das je diffizile Verhältnis zu beiden nicht als individualpsychologisches Problem, sondern als sozialpsychologisches. Die Angst vor dem Fließenden, sich Verwischenden und Vermischenden, nicht ganz Klaren. Es könnte lohnend sein, unsere Gesellschaft unter diesem Gesichtspunkt etwas eingehender zu betrachten. Die Angst vor den Rändern und Öffnungen, nicht nur vor den Körperöffnungen, an denen ja bekanntlich Sekretion stattfindet, zu der wir immer schon ein gespanntes Verhältnis hatten. Gemeint sind auch gesellschaftliche Ränder und Öffnungen.

2. „Alle Randgebiete sind gefährlich, jede Begriffsstruktur ist verwundbar an ihren Rändern“ (Kursbuch 10, Seite 99).

3. Was, wenn man sich die Südtiroler Gesellschaft als Leib dächte? Wer hätte dann die typischen Berührungspunkte? Wo verliefen die Petnlichkeitsschwellen und Schamgrenzen, und in welcher Sprache versuchte man dies alles zu benennen?

4. David hat mit vielen Steinen geworfen und viel Porzellan und Nippes zerschlagen. Er hat den übermächtigen Hausgott Proporz und andere kleinere Penaten befangen und etwas froch am revolutionären Subjekt gepufft. ER ist eingetreten für eine möglichst offene, auch den Widerspruch akzeptierende Sprache, vor der die reine Begrifflichkeit einen gewissen Horror empfindet.

5. Was David nicht wollte, wohl aber auch könnte, war: den Kapitalismus in wohlgesetzten Sätzen mit Semikolon und Anakoloth zu überwinden, das revolutionäre Subjekt nur so über die Zeilen zu heizen und es endlich, zwar etwas atomlos, aber immer noch kampfstark, die dekadente Bourgeoisie in spontanen und mächtigen Arbeiterkämpfen endlich zu Fall bringen zu lassen.

6. Zuwider ist uns die Vorstellung des Zuchtmeisters, der nach wie vor glaubt, Aufgabe der Revolutionäre sei es, eine Partei aufzubauen, die Ausdruck der Arbeiter und Volksbewegung ist und die diese in ihren Kämpfen anleitet.

7. Warum muß sie denn Bruner anleiten? Offensichtlich entscheiden sich da zwei Vorstellungen nicht ganz. Gefälligst sollten sich da die Massen anpassen an das für den Augenblick wichtig und notwendig Postulierte. Wenn sich da etwas noch embryonal artikuliert, in Widersprüchen verheddert ist, in partikulären Interessen gefangen und noch nicht zu einer Gesamtsicht gekommen, so soll sich das gefälligst klären und zu einer Gesamt-

sicht der Verhältnisse kommen und das Einzelne mit dem Gesamten dialektisch verbinden. Sozialisation von oben geführt durch die Vermittlungsinstanzen der je verschiedenen Parteien und Verbände, die das Unklare erst noch zu filtern hätten.

8. „Lenin hatte die Partei als eine Organisation verstanden, die schematisch die wirklichen Lebensinteressen der unterdrückten Klassen erfährt. Wenn es überhaupt eine Instanz für das Proletariat gibt, die den Deschangel von ideologischen Überforderungen, von abgelenkten Interessen durchdringt und die wirklichen Lebensverhältnisse aufnimmt, dann sollten es nach Lenin die proletarische Partei und die von ihr angeleiteten Massenorganisationen sein. Doch die Deformation dieser Partei bewirkt das Gegenteil.“

... daß sich die wirklichen Lebensinteressen der Arbeiter als zusammenhängende, das heißt politische Interessen nur explosionsartig äußern und nur durch Konfrontation mit dem Staats- und Parteiapparat in die Partei nachträglich eindringen können.“ (Negt/Kluge, S. 415).

9. Völlig bewußt wurde abgehackt und aus dem Zusammenhang gerissen zitiert.

10. Lieber ist uns, anstatt auf den großen Tag zu warten, über das Pläneschmieden von unten zu sprechen und Sätze wie diese von Robert Jungk zu lesen: „Die Utopie, wie wir sie bisher kennen, ist fast ausnahmslos das gedankliche Produkt einzelner oder weniger. Auch wenn diese Wenigen, wie das meist der Fall ist, das Glück der Vielen entwerfen, haben eben diese Vielen daran keinen unmittelbaren Anteil. Man denkt für sie, aber nicht mit ihnen über eine andere Zukunft nach. Die Wünsche der Bürger werden von Eliten formuliert, die die Menschen erst nachträglich für Ideen zu gewinnen versuchen, deren Verwirklichung sie angeblich selber wollen oder wollen sollen. (Kursbuch 53, Seite 1).“

11. Vor einem ähnlichen Problem steht wohl auch die KPI und das artikuliert sich in ihren verschiedenen Vorstellungen, die wohl auf ihrem nächsten Kongreß auch zur Sprache kommen werden. Pietro Ingraos Thesen könnten gefallen. Lucio Lombardo Radice meint dazu:

Trovo invece di importanza fondamentale il contributo che Ingrao dà ad una concezione dell'avanzata della democrazia italiana verso il socialismo come di un processo nel quale si intrecciano istituzioni rappresentative e nuove forme di democrazia diretta („di base“, preferisce dire Ingrao):

und democrazia organizzata in modo complesso, con una crescente partecipazione delle masse al potere. Il fatto che la prospettiva di „questo, sviluppo (medito) della democrazia appare oggi, all'inizio del 1979, in crisi, e per il rifiuto delle riforme, la scelta della restaurazione, il ritorno al De Gasperi 1947 contro l'eredità di Moro 1978 da parte dell'attuale gruppo dirigente dc, e per un certo „riflusso“, della partecipazione attiva negli organi della „rete democratica“, di base, non significa davvero che essa non sia la prospettiva storica giusta — l'unica possibile — per la trasformazione della democrazia italiana in democrazia socialista. O forse, più semplicemente, la sola prospettiva storica valida per difendere e portare avanti le conquiste storiche originalissime di „questa nostra Repubblica“, che è nata, e si è sviluppata, con elementi di tipo nuovo rispetto al modello classico della democrazia parlamentare borghese.

(„espresso“, 28. Jänner, Seite 12/13)

Werden sich diese Vorstellungen durchsetzen, oder wird die Mehrheit dies als verwirklichter und gefährlich abtun wie Lucio Colletti?

Ingrao vive in pieno, e senza sospetti critici, il mito, non dirò della spontaneità, ma della „crescita organica“, della democrazia „dal basso“. Egli la vede procedere dal grampo del popolo, così come un botanico può sorprendere, all'alba, la gemmazione delle foglie, il crescere delle piante e il dischiudersi dei fiori. Il Leit-motiv, che corre tra le righe del suo discorso, è l'esigenza imperiosa che, tra masse e potere, cada qualsiasi superstita „velo“, di mediazione. Ingrao, insomma, ha il mito della „trasparenza“, (p. 93), il mito che già fu di Rousseau: politicamente forse, poco raccomandabile ma spiritualmente suggestivo, come si può vedere dalla trattazione che ne ha fatto quel fine rousseuista (romantico) che è Jean Starobinski...

(„espresso“, 28. Jänner, Seite 130)

12. Wir aber möchten weiterhin fortfahren, uns klein zu schreiben und das zum Ausdruck bringen, was Roland Barthes für den Leser als durchaus lustvoll ansieht.

Finzione di un individuo (sorta di M. Teste alla rovescia) che abolisca in sé le barriere, le classi, le esclusioni, non per sincretismo ma per semplice liberazione (da un vecchio spettro: la contraddizione logica; che mescoli tutti i linguaggi, anche se ritenuti incompatibili; che sopporti, auto, tutte le accuse d'illogicità, d'infedeltà; che resti impassibile davanti all'ironia sacerdotica (condurre l'altro al supremo obbrobrio; contraddirsi) e al terrore legale (quante prove penali fondate su una psicologia dell'unità) Quest'uomo sarebbe l'abbiezione della nostra società: i tribunali, la scuola, l'ospizio, la conversazione, ne farebbero uno straniero: chi sopporta la contraddizione senza vergogna? Ora, questo controeroe esiste: è il lettore di testo, nel momento in cui prende il suo



piacere. Si capovolge il vecchio mito biblico, la confusione delle lingue non è più una punizione, il soggetto accede al godimento attraverso la coabitazione dei linguaggi, che lavorano fianco a fianco: il testo di piacere è Babel felice.

13. So viel zur einen Angst vor Vermischung, folgendes zur Angst von Berührung und Schmutz.

14. Vielleicht geht es so: „Sauber ist schön und gut, sauber ist heil, brav, lieb, sauber ist oben und hier, schmutzig ist häßlich und anderswo, sauber ist das einzig Wahre, schmutzig ist unten und übel, schmutzig hat keinen Zweck. Sauber hat recht, schmutzig ist dieses und jenes, sauber ist demgegenüber, schmutzig ist alles in allem, schmutzig ist irgendwie unklar, schmutzig ist schwer zu sagen, sauber ist wenigstens noch, aber schmutzig, das ist also.“ (Kursbuch 10, Seite 87).

15. Da gab es bei den Wahlen vier, die wollten beides nicht ausschließlich allein sein, sie wollten beides zugleich sein und verstießen somit gegen das zugrundeliegende Prinzip der Reinheit. Dieses Beispiel ist jederzeit erweiterbar. Meran. Neumarkt.

16. Mary Douglas, Party und Danger 55/6.

Das zugrundeliegende Prinzip der Reinheit von Tieren ist, daß sie der Erfordernissen ihrer Klasse ganz entsprechen sollen. Diejenigen Arten sind unrein, die nur mangelhafte Vertreter ihrer Klasse sind oder deren Klasse selber den allgemeinen Weltplan durcheinanderbringt. Aale und Würmer bewohnen das Wasser, aber nicht als Fische, Lurche betreten das trockene Land, aber nicht als Vierfüßler, manche Insekten fliegen, aber nicht als Vögel. In ihnen ist keine Ordnung. Die Probe ist, wie sich etwas bewegt. Wenn es kriecht, ist es unrein. Wenn es hüpfet, ist es rein (Kursbuch, Seite 98 und 99).

17. Auch bei den Tieren also.

18. Allzu viele glauben noch, „man könnte das ohne viel Mühe isolieren, verschalen, zugipsen, neustreichen, austapezieren. So teuer käme das gar nicht und es wäre danach nicht wiederzuerkennen sage ich Ihnen.“ (Kursbuch 10, Seite 104).

19. Da man aber zuständigerorts sah, daß sich die Personen aufeinander zubewegten, durchaus nicht so sauber sein wollten, wie man es wollte, faßte man zuständigen Ortes folgenden Beschluß: „Er werde daher jetzt, wenn auch unaufgefordert, ein erstes Gesetz von Schmutz formulieren, um es an einer späteren Stelle dann allgemein zu machen. Schmutz sei alles, was die säuberliche Abgrenztheit der Person anpasse, ihr Fürsichsein und ihre Identität. Sie meide also alles, was ihr nur zweideutig zugehöre, lasse sich ungern anfassen, ekle sich durch Analogie, vor der Vermischung; denn sie fürchte, der Zweideutigkeit und dem Mischmasch selbst anheim zu fallen, auseinanderzufließen, sich zu verlieren, durch Einschlüsse, Löcher, Abflüsse, Fortsätze,

Abzapfungen Schaden zu leiden. All die genannten Erscheinungen wollten ihr daher nicht recht gefallen, und daher doch auch die lange Liste von Gemischen und Zwischenständen, wenn man um Beispiele für Schmutz ersuche.“ (Kursbuch 10, Seite 94/95).

20. Umgeschrieben in die Sprache der Hobbygärtner sieht der vorhergehende Passus wie folgt aus:

Ich hab' das Glück, einen kleinen Garten in Bozen zu haben, und das größere Glück noch, einen schönen Steingarten zu haben. Und dann, kann ich Ihnen sagen, wenn ich mich über den Steingarten hermache, da hab' ich ein kleines Klappstühlchen, da setz ich mich hin und daon mich über das Unkraut stürze, dann kann ich so abschalten, und das ist für mich eine Erholung! Denn das Unkrautzupfen heißt für mich, das Böse vertilgen und zerstören, damit das Gute gedeihen kann. Und das gibt mir dann eine derartige Befriedigung, daß ich alles vergesse. Auch wenn ich einen Ärger gehabt habe -- sagen wir politischer Natur -- vor wenigen Stunden!“

21. Da die großen Sozialisationsinstanzen in Krise geraten sind und nicht mehr instande, in einer Ehrlichkeitssprache zu sprechen, sollten an ihre Stelle die verschiedenen Einzelsprachen ohne Vermittlungsinstanzen treten.

Ein Versuch ist gemacht worden durch die Radiosendungen während der Wahlkampagne. Der Versuch muß weitergeführt werden, akzeptieren wir aber, daß wir es aushalten, alle Sprachen zu mischen, die Identitäten zu verwischen und die Widersprüche ohne falsche Scham auf uns zu nehmen. Pausen zu programmieren, die die Hörer mit ihren je eigenen Erfahrungen ausfüllen können. Das heißt wegkommen von zentralgesteuerten Programmen und hinzukommen zu dezentralisierten Programmen.

Zentralgesteuertes Programm  
Fix Sender -- viele Empfänger  
Immobilisierung  
Isolierter Individuen  
Passive Konsumhaltung  
Entpolitisierungsprozeß  
Produktion durch Spezialisten  
Kontrolle durch Eigenläufer  
oder Bürokraten  
Dezentralisierte Programme  
Jeder Empfänger ein potentieller Sender  
Mobilisierung der Massen  
Interaktion der Teilnehmer,  
Feedback  
politischer Lernprozeß  
kollektive Produktion  
gesellschaftliche Kontrolle  
durch Selbstorganisation

(Enzensberger, Hans Magnus, Kursbuch 20, Seite 173).

22. „Die elektronischen Medien räumen mit jeder Reinheit auf, sie sind prinzipiell ‚schmutzig‘. Das gehört zu ihrer Produktivkraft. Sie sind ihrer Natur nach antibakteriologisch; ein weiterer Grund dafür, daß die Linke, sofern sie ihre Tradition nicht überprüfen will, wenig mit ihnen anzufangen weiß. Das Verlangen nach einer sauber definierten Linie und der Unterdrückung von Abweichungen ist anachronistisch und dient nur noch dem eigenen Sicherheitsbedürfnis. Es schwächt die eigene Position durch irrationale Säuberungen, Ausschlüsse und Fraktionierungen, statt sie durch rationale Diskussion zu stärken.“

(Enzensberger, Kursbuch 20, Seite 164).

23. Sollte man aber unten fortfahren wollen, sich zu vermischen und auf Abgetrentheit und auf Sauberkeit keinen allzu großen Wert zu legen, wäre es da nicht besser, man beschleße zuständigen Ortes, das Volk aufzulösen und sich ein neues zu wählen?

Wir sind ein aufstrebendes Industrie- und Handelsunternehmen für Möbelzubehörtel in Holz.

Zu unseren Kunden gehören u.a. einige der bedeutendsten Stilmöbelabriken der E.W.G. und Skandinavien.

Über 90% unserer Produktion wird zur Zeit exportiert.

Der wachsende Kreis unserer Kunden, sowie die laufende Erweiterung unserer qualitativ sehr hoch gesteckten Angebots-Palette erfordern die vorgesehene Verstärkung.

Wir wünschen uns einen jungen

**AKADEMIKER** mit abgeschlossenem Studium in der Fachrichtung **WELTHANDEL**.

im Alter zwischen 25-30 Jahren.

Organisationsident mit einer Neigung zur kaufmännischen Seite und mit technischem Verständnis wäre uns angenehm.

Das Entscheidende für uns jedoch ist, daß Sie nicht einfach einen Job suchen, sondern bereit sind, sich in dieses sehr umfangreiche Aufgabengebiet mit Gefühl einzuarbeiten und den Wunsch haben, in eine Lebensstellung hineinzuwachsen.

Sie werden die Möglichkeit haben, zunächst als persönlicher Assistent unseres Firmenchefs in den Bereich hineinzuwachsen, um dann selbständig einzelne Aufgabenbereiche übernehmen zu können.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, rufen Sie einfach an und verlangen Sie unseren Herrn Dr. Georg Prugger, den Sie auch abends unter der Rufnummer 0472/24165 erreichen können.

**Prugger Candidus**

**Industriezone 2**

**39042 Brixen**

**TEL. 0472/2 30 30 - Telex 400515**



## Eine unabhängige Minderheit

Die Südtiroler Hochschülerschaft, die Vereinigung der Südtiroler Hochschüler, sollte als Organisation unabhängig sein. Jeder, der in den letzten Jahren die Tätigkeit der Südtiroler Hochschülerschaft verfolgt hat, muß wohl zugeben, daß diese Organisation weder von einer Partei noch von einem anderen privaten Verein abhängig ist. Dies ist sicherlich eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit innerhalb der Südtiroler Hochschülerschaft. Deshalb dürfte es auch die Pflicht eines jeden Mitgliedes sein, darauf zu achten, daß diese Vereinigung den Studenten als autonome Organisation erhalten bleibt.

Der Vorstand der Südtiroler Hochschülerschaft ist dieser Pflicht auch stets nachgekommen. Die Gegner, mit denen man sich auseinandersetzen hatte, waren immer dieselben, nämlich die Junge Generation in der SVP und die Mutterpartei selbst. Diese Partei habe es sich — laut Meinung des SH-Vorstandes — in dem Kopf gesetzt, die Südtiroler Hochschülerschaft zu „majorisieren“, das heißt parteiabhängig zu machen. Dabei bediene sich die Südtiroler Volkspartei der SH-Minderheit.

Mich interessiert in diesem Artikel weniger, inwieweit der SH-Vorstand mit der Behauptung, die SVP wolle die SH unter ihre Kontrolle bringen, recht habe, sondern mich stört mehr der Umstand, daß die Minderheit in der Südtiroler Hochschülerschaft als parteiabhängig hingestellt wird. Entweder ist sich der SH-Vorstand über den Begriff „Parteiabhängig“ nicht im klaren, oder er betreibt eine gezielte Rufmordpolitik.

Wären nämlich die Mitglieder der SH-Minderheit von der SVP abhängig, so müßten sie gleichzeitig Mitglieder dieser Partei sein und von dieser Direktiven empfangen. Es ist nun aber einmal eine erwiesene Tatsache, daß

viele Oppositionsmitglieder kein SVP-Parteikärtchen in der „Westentasche“ haben und selbständig zu denken und zu handeln wissen.

Meiner Meinung nach begreift man auch den Fehler, den Begriff „Parteiabhängigkeit“ mit dem Begriff „Interessengemeinschaft“ zu verwechseln oder gleichzusetzen. Jeder politisch interessierte wird — je nach seiner Einstellung — mit irgendeiner Partei sympathisieren. Ich leugne nicht, daß einige Mitglieder der SH-Minderheit mit der SVP eine Interessengemeinschaft bilden. Aber gleichzeitig muß ich feststellen, daß der SH-Vorstand nicht nur mit einer, sondern gleich mit mehreren Parteien eine Interessengemeinschaft bildet, wobei der Fächer von der sozialdemokratischen Partei bis zur extremen Linken reicht. Wenn also Interessengemeinschaft Parteiabhängigkeit bedeutet, so hat der Vorstand sicherlich der Minderheit in diesem Punkt nichts vorzuwerfen.

Im demokratischen Spiel der Kräfte ist es üblich, daß nicht jeder mit der Handlungsweise und Meinung einer Mehrheit einverstanden ist, und daß sich Oppositionen bilden, welche — auch das ist Demokratie — ihre Ideen

zum Durchbruch bringen wollen und eine Majorität anstreben.

Ich kann nur hoffen, daß man die SH-Minderheit als parteiunabhängige Interessensvertretung akzeptiert und in den Auseinandersetzungen mit ihr sachlich argumentiert, denn wer die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der SH nicht zur Kenntnis nimmt, qualifiziert sich als intolerantes Element, und wer im Glasbaustock nicht mit „Offenen Briefen“ werfen.

*Stephan Gutweniger*

### Werter Kollege Gutweniger,

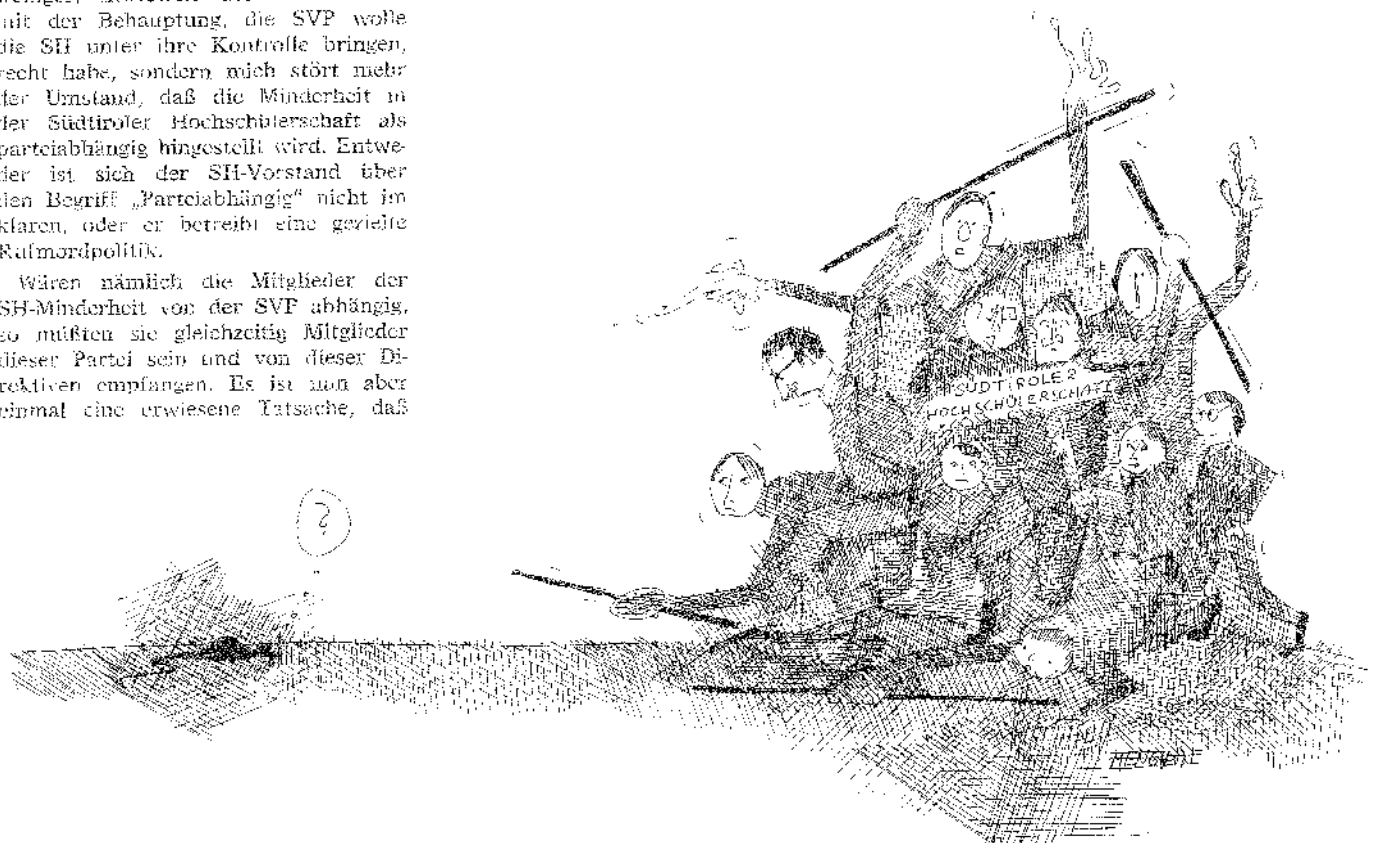
es liegt mir fern, jedem Leserbrief gleich einen Nachsatz beizufügen, wie es das „Tagblatt der Südtiroler“ zu tun pflegt, aber der „Skeiast“ erscheint leider nicht jede Woche. Auch möchte ich mich ganz kurz halten, da nach meiner bescheidenen Ansicht solche simplen Gopläne nichts bringen und langsam in gähnende Wiederholungen ausarten.

Deine Theorie über Parteiunabhängigkeit und Interessengemeinschaft ist ja recht nett, aber es geht unter anderem nicht nur darum, ob jemand parteiunabhängig ist oder nicht, sondern vielmehr, ob jemand reaktionäre oder fortschrittliche Ideen vertritt.

Außerdem tut es mir aufrichtig leid, daß Du den „Offenen Brief“ immer noch nicht verdaut hast. Aber zu Deinem Trost kann ich Dir sagen, daß Du nicht der einzige bist. Vielleicht gibt Dir diese Erkenntnis wieder etwas Lebensmut, ist doch geteintes Leid nur halbes.

Allen Beile

*Günther Pallaver*



## Rock Eigenbau

Das alte Jahr hatte für Südtirol unter mancherlei Überraschungen auch eine musikalische parat: im Oktober 1978 erschien nach 20 Jahren Rockgeschichte — die erste Südtiroler Rock-LP. Wer vermutete, daß hiesige Studios und Produzenten für alle Ewigkeit nur Alpenpop und Straßenmusik liefern würden, konnte endlich die erste von Bozner Musikern kreierte und in Bozen aufgenommene und produzierte Langrille mit authentischem, wenn auch etwas mediterran versetzten Südtiroler Rock bestaunen. Das Werk, konzipiert als Schlaglicht auf das immer noch karge, hiesige Rockszenario, teilt sich in stunde 17 und Emphasis, zwei Cornicos, die dem heimischen Publikum von mehreren Auftritten, zuletzt beim Rock-Festival im September 1978 im Bozner Drususstadion, her keine Unbekannten mehr sind.

Die „Verstaatlichte“ besteht aus fünf italienischsprachigen Musikern — Keyboards, Gitarre, Schlagzeug und zwei sich abwechselnde Bassisten — und ist bereits seit sieben Jahren aktiv. Ihre vier parts sind reine Instrumentals, keyboardbetonte, sorgfältig arrangierte und recht einfallsreiche Kompositionen. Sie begnügen sich in keinsten Weise irgendwelcher ausgefallener PFM-Genesis-Soundpfade,

sondern verstehen es, Einflüsse zu verarbeiten und sich ihr eigenes Gesicht zu schaffen. Es beginnt („La piramide del potere“) mit sphärischen Hintergrundklängen, auf die der bestechende Tastenmann sein Thema vorzeichnet, Klänge wie Bilder in den Raum hängt, die der Gitarrist nur leicht varnemat. Bei „La sfinge“ wird es deutlich spritziger, die kluge, akzentuierte Rhythmusarbeit begleitet einige jazzoid Passagen, alles bleibt aber meist leicht, spielerisch und abwechslungsreich. Bei „La cena delle ceneri“ profiliert sich der Gitarrist im Dialog mit dem E-piano, geschickte Tempiwechsel verhindern, daß das Abendmahl zu stereotyp wird. Es klingt aus mit „miracolo“, das Einflüsse aus dem mediterranen Jazz-Rock, Weather Report und dergleichen verrät; E-piano-Phrasierungen und darübergeströnte Gitarrenriffs, aufgebaut auf einem kompositionischen Gerüst, das immer freien Raum für Improvisationen läßt. Was aus dieser ersten Hälfte herausklingt ist echte Spottfreude gepaart mit gediegener Instrumentenbeherrschung, die kaum in reine Tastenspielerien oder kühle Technomusik abgleitet; schade, daß La statale jetzt erst auf Vinyl auftaucht.

Von La statale 17 zu Emphasis, die ehemals Eclipse hieß, zeigt sich

deutliches Gefälle. Die fünf Bozner — Keyboards, Gitarre, Baß, Schlagzeug, Gesang und Flöte — stud eifrig bemüht, liegen jedoch nicht ganz auf der gleichen Ebene. An einen etwas lahmen Opener („allures music of universe“) schließt sich ein harmonisches Vokalstück an („eternal dreams“): langgezogene Gitarrenläufe und ein Zeitlupen-falsettgeseang überlagern den E-piano-Teppich, den der recht originelle Tastenmann vorlegt. Jedoch ebenso beim dritten part „flower“ wirkt die Soundmasse etwas zu synthetisch zusammengeflückt. Harter Breaks und einige Monotonies lassen das Ganze noch etwas unausgereift erscheinen. Versöhnlicher stimmt das letzte Instrumentalstück „voice of nature“, das mit akustischer Gitarre und wohldestriertem Keyboardbeitrag eine sehr melodische, lebendige Atmosphäre schafft. Obwohl handwerklich schon ziemlich fortgeschritten, wirkt die „emphatische“ Musik noch etwas hausbacken. Mit lugg lassen.

Zur Produktion selbst: die LP wurde auf Initiative des jetzigen Präsidenten des contrapunkt, in Eigenregie, gestartet, daher auch das Label „contrapunkt records“. Anekdoteswert sein Experimentiergeist, der nicht zuletzt auch etliche Risiken mit sich bringt. Für Südtirol hat er mit dieser Produktion Neuland betreten, hoffentlich ein Schritt, der Anstoß gibt für weitere ähnliche Initiativen. Großes Plattenfieber in Sachen Südtiroler Rock wird noch nicht ausbrechen, der Ansatz ist jedoch da... und gelungen.

Thomas Benedikt

# südtiroler volkszeitung

erscheint 14tägig

eine alternative, demokratische information für Südtirol

### ABONNEMENT

Durch Euer Abonnement unterstützt Ihr die freie Meinungsbildung im Lande.

Im Inland kosten 25 Nummern (einschließlich Versand) 7500 Lire  
Im Ausland 15.000 Lire.

Einzahlung: Auf Bank-Kontokorrent Nr. 1884/8, Raiffeisenkasse,  
Bozen oder Post-Kontokorrent Nr. 14/12766, Trient

Bitte: Namen und Adresse angeben und ab welcher Nummer.

# Promotionen

AMPLATZ Peter Paul, Kaltenbrunn	Diplom-Ingenieur — Innsbruck.
ANDERGASSEN Christina, Kufstein	Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften — Verona
AUSSENER Oskar, Lana	Doktor der Philosophie (Psychologie) — Innsbruck
BACHMANN Dorlef, Bruneck	Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) — Innsbruck.
BERNARDI-KRAPE Johanna, Brixen	Doktor der Literaturwissenschaften — Padua
COSTAZZA Hans, Brixen	Doktor der Architektur — Venedig
COSTAZZA Paul, Brixen	Doktor der Architektur — Venedig
DEJACO Christoph, Brixen	Doktor der Architektur — Venedig
DEJACO Raff, Brixen	Doktor der Architektur — Venedig
DUSINI Andreas, Bozen	Doktor der Medizin — Innsbruck
EGGER Dr. Peter, Bozen	Doktor der Literaturwissenschaften — Padua. Diss.: „Das Bild des Autonomem Menschen.“
FRICK Werner, Bozen	Doktor der Rechtswissenschaften — Padua. Dissertation: „Die verwaltungsmäßigen Zuständigkeiten der Provinz Bozen: Die Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut und einige Vergleiche mit dem Dekret Nr. 616/1977.“
FRISCHMANN Marlene, Schlanders	Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) — Innsbruck
FUCHS Reinhard, Sterzing	Doktor der Rechtswissenschaften — Florenz.
FURGLER Richard, St. Johann/Ährn	Doktor der Philosophie — Innsbruck
GASTEIGER Franz, Bruneck	Doktor der Medizin — Innsbruck.
GOLLER Hans, Kastelruth	Doktor der Philosophie (Naturwissenschaftliche Fakultät) — Innsbruck
HAAS Josef, Truden	Magister der Theologie — Innsbruck.
HALLER Gerhard, Bozen	Diplom-Ingenieur — Innsbruck.
HASPINGER Josef Andreas, Welsberg	Diplom für Geographie und Urbanistik — Stuttgart
INNERBICHLER Siegfried, Brixen	Magister der Theologie — Innsbruck.
INNERHOFER Manfred, Aigund	Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck
KOFLER Walter, Sterzing	Magister der Naturwissenschaften — Innsbruck.
LADURNER-GANNER Paula, Meran	Magister für Geschichte und Deutsch — Innsbruck
LOBIS Cäcilia, Bozen	Magister der Naturwissenschaften — Innsbruck
MAIR Josef, Natz	Doktor der Rechtswissenschaften — Padua
MARCH Brigitte, Montan	Doktor der Medizin — Padua
MITTERHOFER Michael, Brixen	Magister der Theologie — Innsbruck.
MOLIG Werner, St. Peter/Ährn	Doktor der Philosophie (Geschichte) — Innsbruck
MORODER Ruth, St. Ulrich	Doktor der Philosophie (Psychologie) — Salzburg. Diss.: „Versuch einer Erfassung produktiver musikalischer Äußerungen von Kindern — Eine musikpsychologische Untersuchung anhand des Melodie-Improvisations-Tests von W. Keller.“
NIEDERMAIR Felmut, Eppan	Diplom-Ingenieur — Innsbruck
NINZ Lydia, Bozen	Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Wirtschaftsuniversität Wien
OBERHAMMER Margareta, Teblach	Doktor der Philosophie (Germanistik) — Innsbruck
PALMA Norbert, Missian	Doktor der Philosophie (Biologie) — Innsbruck.
PEUKERT Sabine, Meran	Doktor der Rechtswissenschaften — Florenz. Diss.: „Das Gemeineigentum in Tirol und Venedig.“
PIETSCHER Anton, St. Leonhard in Passolunghi	Doktor der Philosophie (Naturwiss. Fakultät) — Innsbruck.
PICHLER Hans, Natz	Doktor der Rechtswissenschaften — Padua. Diss.: „Sicherungsmaßnahmen im österreichischen und italienischen Strafrecht.“
PIGNETER Anton, Völs	Doktor der Rechtswissenschaften — Padua. Diss.: „Die vermögensrechtlichen Auswirkungen der Ehescheidung in Deutschland und Österreich.“
PIRCHER-SITTARI Alexander, Lana	Magister für Geschichte und Deutsch — Innsbruck
PLANKNER Günther, Vintl	Doktor der Literaturwissenschaften — Padua. Diss.: „Beiträge zur Geschichte des österreichischen Missionshauses für Zentralafrika.“
PLUNGER Elisabeth, Kastelruth	Magister der Philosophie — Innsbruck
POHUN Margareth, Bruneck	Doktor der Philosophie (Biologie) — Innsbruck.
PÖHL Ulrich, Merm	Doktor der Philosophie — Innsbruck

PRANTL Johann, Aigund	Magister der Naturwissenschaften — Innsbruck
PRUGGER Monika, Ofang	Doktor der Medizin — Innsbruck
RIEDER Josef, Mühlbach	Doktor der Architektur — Venedig
RINNER Hansjörg, Schemna	Diplom-Ingenieur (Elektrotechnik) — Graz
ROJTER Günther, Bozen	Doktor der Rechtswissenschaften — Padua, Diss.: „Die eheliche Gütergemeinschaft und ihre Eintragung in das Grundbuch, nach italienischem, österreichischem und deutschem Recht.“
RINGGALDIER Adalheid, St. Ulrich	Doktor der Philosophie — Innsbruck
SEEBER Paul, Bräsen	Doktor der Architektur — Venedig
SPRINGEN Christine, Bozen	Doktor der Wirtschaftswissenschaften und Handelswissenschaften — Verona
SCHRAMM Dieter, Brunck	Doktor der Rechtswissenschaften — Padua, Diss.: „Die autonome Sektion Bozen des regionalen Verwaltungsgerichtshofes.“
SCHROFF-SCHENK Rosmarie, Waldbruck	Doktor der Literaturwissenschaften — Padua
SCHWEITZER-GSTREIN Renate, Patschins	Magister für Geschichte und Deutsch — Innsbruck
STIMPFEL Anton, Margreid	Diplom-Ingenieur (Elektrotechnik) — Wien
THEJNER Anton, Burgais	Doktor der Medizin — Innsbruck
THEJNER-AUKENTHALER Gertrude, Meran	Magister für Geschichte und Deutsch — Innsbruck
von TROYER Ulrich, Bozen	Diplom-Ingenieur (Elektrotechnik) — Graz
TUIZER Franz, Bozen	Diplom-Ingenieur (Landwirtschaft) — Wien
ÜBERBACHER Norbert, Bräsen	Doktor der Medizin — Wien
ÜBERHOLZNER Alexandra, Eppan	Doktor der Philosophie (Genetik) — Innsbruck
ÜNTERHUBER Heinrich, Meran	Diplom-Tierarzt — Wien
ÜNTERLEUTNER Walther, Bräsen	Diplom-Ingenieur (Informatik) — Technische Universität Wien
ÜNTERTHNER Barbara, Lajen	Doktor der Literaturwissenschaften — Padua
VIEDER Martin, Steinegg	Doktor der Medizin — Innsbruck
VOLGGER Margareth, Ritzau	Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) — Innsbruck
WERTH Hebruit, Bozen	Doktor der Philosophie (Pädagogik) — Innsbruck

## INHALT

- 1 SKOLAST-Gespräch mit Landesrat Dr. Franz Spögler über die Fremdenverkehrspolitik
- 4 *Aldo Gasperotti*: Alcune riflessioni sullo sviluppo del turismo in Südtirol
- 6 *Richard Resch*: Vorschläge für eine qualitative Fremdenverkehrspolitik
- 8 *Josef Perkmann*: Sind Paket und Autonomie tabu?
- 9 *Klaus Reider*: Beitrag zum Thema: Arbeiterbewegung und Autonomiestatut
- 10 *Benno Simma*: Die Arbeiterbewegung Südtirols und das Autonomiestatut
- 11 *Josef Perkmann*: Erwiderung an Siegfried Staffler
- 12 *Günther Pallaver*: Gleichstellung der Südtiroler in Österreich — eine offene Problematik
- 15 *Günther Nenning*: Medienpluralismus und Demokratie
- 17 Leserbrief
- 18 *Peter Giacomuzzi*: Literarisch tätig sein
- 19 *Elmar Locher*: Kleinerer Versuch über den Schmutz oder Wie halte ich meinen Steingarten sauber?
- 21 *Stephan Gutweniger*: Eine unabhängige Minderheit
- 22 *Thomas Benedikter*: La statale 17/Emphasis
- 23 Promotionen

Wir ersuchen unsere werten Mitglieder, Akademiker und Abonnenten aufs höflichste, den SH-Mitgliedsbeitrag bzw. das SKOLAST-Abonnement für 1979 bei Gelegenheit einzuzahlen.  
Sie unterstützen damit die im Dienst der Südtiroler Studenten geleistete Arbeit der SH und ermöglichen die weitere Herausgabe unserer Zeitschrift.

Der Vorstand der SH

---

# **skolast**

**Südtiroler Hochschülerzeitschrift**

---

Herausgeber und Verwaltung:  
Südtiroler Hochschülerschaft,  
39100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 2 46 14

Redaktion: KLAUS MENAPACE/GUIDO DENICOLO  
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: WALTER FILL

Druck: Ferrari-Auer, Bozen

Skolast, 4—6 Hefte im Jahr Einzelpreis Lire 700

Abonnement: Italien Lire 3000  
Österreich öS 70  
Deutschland DM 10

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.

Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. i/56, Erlaß vom 18. Juni 1956

Spedizione in abbonamento postale - Gruppo IV, 70%.

---